Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumspartei

Bezugspreis: Durch Boten gebracht 9,00 M., von der Geschäftsstelle abgeholt 8,75 M., durch die Post bezogen 9,00 M. monatlich. Erscheint täglich ausschl. Sonn- und Feiertags. Geschäftsstellen: Bocholt, Nobelstr. 6 (Fernspr. 52.) Rhede: Jos. Heinrichs, Anholt: Wilhelm Wolfing.

Anzeigenpreis: Für Einheimische der 36 mm breite, 1 mm hohe Raum 30 Pfg. Auswärtige 40 Pfg. Textanzeigen das mm 1,25 M. Hierauf der jeweilige Teuerungszuschlag Auskunft- und Angebotsgebühr 50 Pfg. Bei Klage-Erhebung Konkursen usw. wird der bewilligte Nachlaß hinfällig

Amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Liedern und Werth

51. Jahrgang — Mittwoch, den 18. Januar 1922 — Nummer 14

2. Reichsparteitag der Zentrumspartei.

Parteiorganisation. — Die neuen Richtlinien.

:!: Berlin, 17. Jan. Nachdem Sonntag Abend noch eine Sonderberatung der Akademiker stattgefunden hatte, in der der Landtagsabgeordnete Dr. Lauscher über das Thema: „Der Akademiker und die neue Zeit" sprach, wurde am Montag der Zentrumsparteitag fortgesetzt. Die gestrige geschlossene Sitzung wurde vom Vizepräsidenten des Landtages Dr. Porsch gegen 10½ Uhr eröffnet. Die Organisationsfrage, die eng verknüpft ist mit den Arbeiten des Reichsgeneralsekretariats stand im Mittelpunkt der Vormittagssitzung des 2. Tages des Reichsparteitages der deutschen Zentrumspartei. Die Verhandlungen trugen vertraulichen Charakter. In eingehender Weise wurde vom Generalsekretariat der Partei Dr. Katzenberger die Organisationsfrage der Partei beleuchtet. Er behandelte die Stellung der Partei zum Staate, die Arbeiten der Organisation. „Der Geist, der unsere Partei erfüllt, ist die Seele unserer Organisation, die den Körper und die sichtbare Ausdrucksform unseres Parteilebens darstellt. Unsere in der Parteiarbeit stehenden Freunde haben eine hohe und hehre Aufgabe. Sie heißt: Dienst am Volk, Dienst durch das Volk für das gemeinsame Vaterland, Erhaltung und Vertiefung unserer christlichen und nationalen Güter." Dann streift Redner kurz die aus der Vereinheitlichung des inneren Aufbaues der Partei sich ergebene Einrichtung des Reichsgeneralsekretariats. Des weiteren gab Dr. Katzenberger einen Rechenschaftsbericht über die Arbeiten des Reichsgeneralsekretariats seit dem ersten Reichsparteitag. Er erwähnte zunächst die im Laufe der Zeit geschaffenen Organe der Partei (Windthorst-Blätter, Zentrumsakademiker-Blätter und die am 15. Mai 1921 gegründete Halbmonatsschrift „Das Zentrum"). Auf Grund eines Beschlusses des 1. Reichsparteitages widmete sich das Reichsgeneralsekretariat als einer besonderen Aufgabe der Organisation der Zentrumsjugend. Es wurde ein Dezernat für Jugendfragen eingerichtet, das Richtlinien für die Organisation arbeitete. Hand in Hand mit der Windthorstbewegung wurde ebenfalls im Anschluß des ersten Reichsparteitages die Schulung und Erfassung des akademischen Nachwuchses betrieben und zu diesem Zweck ein Dezernat für Akademikerfragen im Reichsgeneralsekretariat errichtet. Es bestehen jetzt Studentische Ortsgruppen an 18 Hochschulen.

Der Redner erwähnte dann kurz die Stellung der Frau in der Partei. Ferner berichtete er alsdann über den Stand der Beiräte für Standes- und Berufsinteressen. Die Frage der Durchführung bezw. Weiterführung der Beiräte unterliegt zunächst der weiteren Beschlußfassung des Reichsparteitages. In besonders warmen Worten geht der Generalsekretär auf die Notlage der Presse ein. Auf Grund der verschiedensten Berichte aus den einzelnen Ländern und Provinzen gibt der Generalsekretär eine eingehende Uebersicht über den Stand der Gesamtorganisation. Die soziale Lage der in der Organisation beschäftigten Beamten bildet einen weiteren Gegenstand des Referats.

An das Referat schloß sich eine eingehende Aussprache, in welcher vornehmlich die Fragen der Organisation und des inneren Parteilebens, der politischen Ertüchtigung der Akademiker und der Jugend überhaupt Berücksichtigung fanden.

Seine besondere Bedeutung erhält der Reichsparteitag aber dadurch, daß das alte Programm eine neue Form erhalten hat. Am Montag nachmittag erstattete Redakteur Ritter, M.-Gladbach in ausführlichen Darlegungen den Bericht über die an anderer Stelle mitgeteilten Richtlinien und praktischen Leitsätze des Zentrumsprogramms, das dem Parteitag zur endgültigen Beschlußfassung vorlag. Redner führte u. a. aus: Die Programmumbildung in diesem engeren Sinne beginnt mit der Aufstellung eines „Entwurfs der neuen Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei" durch den Reichsausschuß im Juli 1918. Kurz darauf schuf die Revolution eine ganz veränderte Sachlage. Angesichts der Wahl zur Nationalversammlung stellten führende Parteikreise in Westdeutschland und Berlin einen Programmentwurf auf, der vom Generalsekretariat der Deutschen Zentrumspartei veröffentlicht wurde. Der Reichsausschuß verband auf seiner Frankfurter Tagung im Dezember 1918 diesen Entwurf mit den Richtlinien vom Juli 1918 zu einem offiziellen Wahlprogramm. Da es auf die aktuelle Lage zugespitzt war, wurde es in manchen Punkten durch die politischen Tatsachen überholt, und der Reichsparteitag von 1920 beauftragte den Parteivorstand, eine Verbesserung in die Wege zu leiten. Der Reichsparteiausschuß berief eine aus etwa 35 Personen bestehende „Programmkommission", die am 14. November 1920 ihre Tätigkeit aufnahm und in verschiedenen Tagungen in gründlicher und recht mühevoller Arbeit den jetzt vorliegenden Entwurf der Richtlinien fertiggestellt.

Es bedeutet einen Markstein in der Geschichte der Zentrumspartei, wenn nunmehr durch einstimmige Beschlußfassung auf Grund der dem Parteitage vorliegenden Vorschläge. Damit ist den Wünschen, die aus vielen Kreisen an die Parteileitung gerichtet worden sind, und einem dringenden Bedürfnis Rechnung getragen. Näheres über die Diskussion kann wegen des vertraulichen Charakters der Verhandlungen nicht berichtet werden. Der geschäftsführende Vorsitzende Dr. Vockel, Berlin, leitete die Verhandlungen mit einem Referat über Jugend und Partei wirksam ein. Die große Mehrheit der Delegierten des Parteitages brachte seinen Ausführungen aufmerksames Interesse entgegen. Diesem Referat folgte eine Sitzung des engeren Ausschusses des Reichsverbandes, in der die Fragen der Organisation, des Aufbaues und der nächsten Reichsparteitagung einer eingehenden Aussprache unterzogen wurde.

Der zweite Teil des gestern vom Reichsparteitag angenommenen Parteiprogramms bezieht sich auf die Einzelaufgaben praktischer Politik. Wir geben sie hier im Auszuge wieder:

I. Auswärtige Angelegenheiten.

1. Die weltpolitische Lage Deutschlands erfordert klare Linien und Stetigkeit in der Führung der auswärtigen Politik.

2. Die volle Gleichberechtigung des deutschen Volkes mit allen Völkern der Welt ist das nächste Ziel der auswärtigen Politik Deutschlands.

3. Bei Ausführung der im Friedensvertrag von Versailles übernommenen Verpflichtungen ist die deutsche Leistungsfähigkeit die unverrückbare Grenze.

4. Die baldige Befreiung der besetzten Gebiete ist mit allen rechtmäßigen Mitteln zu erstreben.

5. Mit den Auslandsdeutschen, zumal mit den geschlossen wohnenden deutschen Minderheiten in fremden Staaten muß eine innige Geistesgemeinschaft gepflegt werden.

6. Die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland müssen wieder angeknüpft und planmäßig ausgestaltet werden.

7. Die Regelung der Kolonialfrage durch den Friedensvertrag kann nicht als endgültig angesehen werden.

8. Deutschlands Stellung zum Völkerbund und zu jeder Art von Völkervereinigung ist abhängig zu machen von der gleichmäßigen Behandlung aller Staaten.

9. Deutschland muß den organischen Ausbau des Völkerbundes vertreten. Die internationale Regelung des Arbeitsrechts, der Arbeitszeit und des Arbeiterschutzes ist planmäßig zu betreiben.

II. Staatsordnung und Verwaltung.

1. Um der deutschen Politik Planmäßigkeit und Stetigkeit zu sichern, ist die Einigung einer starken Koalition von Parteien auf ein festes Arbeitsprogramm notwendig.

2. Der Staatsautorität und den Gesetzen ist durch ebenso entschlossene wie unparteiische Haltung aller verantwortlichen Stellen Geltung zu verschaffen.

3. Die Sicherungsorgane, zumal die Reichswehr, müssen fest in der Hand der verfassungsmäßigen Regierung sein.

4. Ein tüchtiges, berufsfreudiges und in seiner Lebenshaltung gesichertes Beamtentum bildet eine der wichtigsten Grundlagen der Staatsordnung und Staatsverwaltung.

5. Die gesamte Verwaltung in Staat und Gemeinde muß einfach und übersichtlich gestaltet werden.

6. Rechtspflege und Rechtsprechung sind in ihrer Unabhängigkeit und Unparteilichkeit zu schützen. Das Gerichtsverfahren muß vereinfacht und beschleunigt werden.

7. Grundsätzlich ist nach Erweiterung der Selbstverwaltungsbefugnisse zu streben vor allem ist den Provinzen eine größere Selbständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung zu geben.

III. Finanzwesen und Steuern.

1. Erster Grundsatz der Finanzwirtschaft muß die Deckung aller ordentlichen Ausgaben durch ordentliche Einnahmen sein.

2. Aeußerste Sparsamkeit hat Richtschnur für die Finanzgebarung in Reich, Ländern und Gemeinden zu sein.

3. Das Steuersystem ist in Anpassung an die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse auszubauen.

4. Angesichts des gewaltigen Steuerbedarfs ist mit besonderem Nachdruck auf eine gerechte Verteilung der Lasten hinzuwirken.

5. Steuerhinterziehung und Kapitalflucht sind mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen.

6. Auf den Familienstand, besonders auf die Kinderzahl, muß bei der Besteuerung alle Rücksicht genommen werden.

7. Das System der indirekten Steuern ist so zu gestalten, daß die lebensnotwendigen Verbrauchsgüter geschont, Genußmittel und Luxus in entsprechender Steigerung erfaßt werden.

8. Die Frage ertragsreicher Steuermonopole bedarf eingehender und gewissenhafter Prüfung.

9. Eine nach einheitlichen Gesichtspunkten gestaltete Finanzstatistik ist baldigst einzurichten.

IV. Wirtschaft und Arbeit.

1. Die nächste Aufgabe aller Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die Heilung der Wunden, die Krieg und Zwangsfrieden dem deutschen Wirtschaftsleben geschlagen haben.

2. Das Recht des Privatunternehmers und der Genossenschaft, sich in Handel und Gewerbe frei zu betätigen, soll anerkannt und gewährleistet werden.

Schiebertum und Preiswucher, Bestechungsseuche und Schmiergelderunwesen sind rücksichtslos zu bekämpfen.

5. Die Ueberreste der behördlichen Regelung der Wirtschaft sind zu beseitigen, sobald es die wirtschaftliche Lage zuläßt.

4. Die Aufsicht über Kartelle, Syndikate und ähnliche Vereinigungen zur Bestimmung der Preise und sonstigen Absatzbedingungen ist gesetzlich zu regeln.

5. Die Ueberführung eines privatwirtschaftlichen Unternehmens in eine Form der Gemeinschaft (Sozialisierung) darf nur dann erfolgen, wenn sie dem Gesamtwohl dient und die Ertragsfähigkeit steigert.

6. Eine lebensvolle Ordnung der Wirtschaft wird nicht durch mechanische Ausdehnung der Staatsgewalt auf die Gütererzeugung und -verteilung erreicht, sondern nur durch planvollen Aufbau von unten auf.

7. Die Erhaltung einer großen Anzahl leistungsfähiger Eigenbetriebe ist eine volkswirtschaftliche und staatswirtschaftliche Notwendigkeit. Der Mittelstand in Landwirtschaft und Handwerk, Gewerbe und Handel ist darum zu schützen und zu kräftigen.

8. Die landwirtschaftliche Erzeugung ist planmäßig zu heben. Zu diesem Zweck ist das landwirtschaftliche Schul- und Vortragswesen sowie die Wirtschaftsberatung in allen Landesteilen auszubauen. Durch Anlage von Musterwirtschaften und Versuchswirtschaften, durch Erleichterung in der Beschaffung maschineller Ausrüstung, durch Saatgutverbesserung ist der Bodenertrag zu steigern. Moor- und Oedländereien müssen nutzbar gemacht werden. Meliorationen sind durchzuführen. Die Besiedelung des Landes unter zweckdienlicher Mischung der Besitzgrößen ist planmäßig zu fördern.

9. Zum Schutze der nationalen Arbeit ist die Zoll-, Verkehrs- und Außenhandelspolitik wieder aufzunehmen und fortzuführen.

10. Die Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisationen müssen gefördert werden.

11. Arbeitsniederlegungen und Aussperrungen müssen durch ein gesetzliches Schlichtungsverfahren nach Möglichkeit verhütet werden.

12. Die Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten sollen die Mitverantwortlichkeit und Berufsfreudigkeit der Arbeitnehmer stärken.

13. Die Sozialversicherung ist in ihrer Wirksamkeit auszudehnen und in ihren Leistungen zeitgemäß zu erhöhen.

14. Die wirtschaftlichen Maßnahmen für die Beamten müssen in Uebereinstimmung mit der allgemeinen Sozialpolitik gehalten werden.

Das Beamtenrecht ist im Sinne der Anerkennung der Persönlichkeit auszubauen.

15. Die Frauenarbeit stellt einen unentbehrlichen Wert im Wirtschaftsleben dar. Die Ausgestaltung der weiblichen Erwerbstätigkeit darf sich aber nicht nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten vollziehen, sondern muß der Bedeutung der Frauenkraft für die Entwicklung unserer Gesamtkultur Rechnung tragen.

16. Den Opfern des Krieges, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gebührt in der Sozialpolitik eine bevorzugte Stelle.

17. Die Erwerbslosenfürsorge muß produktiv angelegt und streng auf unverschuldete Arbeitslosigkeit beschränkt werden.

* * *

Die Entschließungen des Augustinus-Vereins.

In der Sitzung des Augustinus-Vereins erstattete nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten Hauptredakteur Dr. Hoeber-Köln ein ausführliches Referat über die Lage der Parteipresse, ihre Aufgaben und ihre Vertretung in Partei und Parteiorganisationen, über ihre steuerliche Belastung sowie über die umstrittene Frage der Theater- und Kino-Anzeigen.

Zwei wichtige Entschließungen nachstehenden Inhalts wurden angenommen:

Wir fordern:

1. Die Einreihung des Zeitungspapieres in die lebenswichtigen Bedarfsgegenstände, sowie die Sicherstellung einer geregelten Belieferung der Zeitungen mit Papier zu mäßigen Preisen.

2. Die Versetzung des Zeitungspapieres in die Tarifklasse B des Eisenbahngütertarifs.

3. Die Beseitigung jeder Sonderbelastung des Zeitungsgewerbes durch die Inseratensteuer.

4. Ermäßigung der Postzeitungsgebühren, Fernsprech- und Telegraphengebühren für den Zeitungsdienst, insbesondere für den Auslandsverkehr.

5. Staatliche Maßnahmen gegen die den Bestand der Presse gefährdende Erhöhung des Preises für Zeitungspapier, wie auch gegen die Verschiebung von Zeitungspapier ins Ausland und die Bereitstellung von Rohstoff (Holz) aus Beständen der Länder für die Zwecke der Zeitungspapierherstellung.

Der Augustinusverein unterbreitet diese Entschließung dem Reichspräsidenten, der Reichsregierung und den Landesregierungen zur Beachtung und zur Durchführung der darin für die Erhaltung der Presse empfohlenen Maßnahmen.

Im Anschluß an die ausführlichen Richtlinien von 1916/17 gibt die Generalversammlung des A.-V.

folgende grundsätzliche Darlegung:

1. Es ist die Aufgabe der Zeitung, den Erscheinungen der Literatur und den Darbietungen des Theaters und Kinos ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen.

2. Völlige Zurückhaltung auf diesem Gebiete und unterschiedslose Zurückweisung aller Ankündigungen würde den Einfluß der Zeitung vermindern und untergraben und weitesten Kreisen Veranlassung geben, das Halten der nichtkatholischen Presse zu entschuldigen.

3. Bei tadelnden Besprechungen ist mit Sachkenntnis, Takt und Vorsicht zu verfahren, damit sie nicht als Reklame- und Reizmittel wirken. Die Erfahrung hat gezeigt, daß durch ungeschicktes Vorgehen zum Besuche anstößiger Vorstellungen erst recht angeregt wird.

4. Besondere Aufmerksamkeit ist den Bestrebungen auf christlicher Seite (Theaterkultur-Verband, Neudeutschland, Volksvereins, kath. Frauenbund, kath. Männer- und Jungfrauenvereine, Bertha-Film usw.) zur Beschaffung guter Theaterstücke und guter Kinovorführungen zuzuwenden; ihre Bestrebungen sind kräftig zu unterstützen.

5. Da die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen und die polizeiliche Kinozensur keinen ausreichenden Schutz gewähren, muß die Presse die Einführung einer offiziellen örtlichen Zensur oder Bezirkszensur, welche unter Heranziehung christlicher Kreise (nicht nur Polizei) geübt wird, nachdrücklichst fördern.

Leider mußte der Augustinusverein mit der Erhöhung des Mitgliederbeitrages auf 50 ℳ den Verhältnissen der Zeit einen weniger angenehmen Tribut zahlen; im übrigen ergaben die Darlegungen des Generalsekretärs und des Rendanten Chefredakteurs Hankamer-Essen die volle Lebenskraft der Vereins-Institution, die seit 45 Jahren eine so bedeutende Rolle in unserer politischen Organisation spielt.

Senatspräsident Marx und die Zentrumspolitik.

Am vierten Tage (17. Januar) sprach Senatspräsident Marx, Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages über

Ideen und Ziele der Zentrumspartei.

Es ist wohl nicht unangemessen, am Schlusse eines Parteitages, der die Richtlinien für die weitere Tätigkeit der Partei festgelegt hat, der damit einen Merkstein bildet in der Geschichte der Zentrumspartei, in aller Kürze wenigstens die Grundsätze noch einmal festzustellen, nach denen unsere großen Vorbilder ihre Politik eingerichtet haben, und von denen, wie wir behaupten, die Partei bis zum heutigen Tage in wesentlichen Punkten nicht abgewichen ist. In dieser Hinsicht — zu meinem Schmerze muß ich es gestehen — sind manche Kreise anderer Ansicht. Seit einigen Jahren, namentlich aber seit der Umwälzung, finden wir, daß gewisse Kreise, auch solche, die auf dem Boden der Partei gestanden haben, die Behauptung aufstellen, die Fraktionen seien abgewichen von den Grundsätzen der Vorfahren, es seien nicht mehr die bewährten Grundsätze der Zentrumspartei, die der tatsächlich verfolgten Politik zugrunde gelegt würden. Auch schon aus diesem Grunde erscheint es zweckmäßig, wieder einmal die wesentlichen Grundrisse festzustellen, auf denen die Zentrumspartei errichtet, nunmehr über 50 Jahre ihre Tätigkeit entwickelt hat.

I.

1. Das Zentrum ist gegründet worden in erster Linie als eine

christliche Partei.

Die unveränderlichen Gebote des Christentums müssen nach unserer Ansicht wie für den einzelnen so auch für die Gemeinschaft der Menschen, wie für das Verhältnis der Staatsbürger zum Staate so auch für das Verhältnis der Staaten untereinander maßgebend sein. Das Zentrum wird unerschütterlich an der Ueberzeugung festhalten, daß ein Staatswesen die ihm naturgemäß gestellte Aufgabe nicht vollkommen zu erfüllen imstande ist, wenn nicht eine Gesetzgebung eingerichtet ist, die im Einklang steht mit den Grundgesetzen des Christentums. Hier höre ich sofort den Einwand: Wie kann das Zentrum den Anspruch darauf erheben, eine christliche Volkspartei zu sein, da es doch mit

Sozialdemokraten

sich verbunden hat, den offenkundigen Gegnern von Christentum und Religion. — Um was handelte es sich bei der Koalition? Nicht um einen Bund, nicht um eine Verschmelzung, nicht um ein Aufgehen einer Partei in die andere; lediglich um eine Arbeitsgemeinschaft, keine Ideengemeinschaft, eingegangen, um die Regierung des neuen Deutschen Reiches nach innen und nach außen die wünschenswerte Kräftigung und Stärkung angedeihen zu lassen. Niemals ist von der Zentrumspartei irgendein Aufgeben oder ein Wechsel der Ansichten, namentlich nicht ihrer Anschauung oder ihrer religiösen Ueberzeugung verlangt worden. Das würde sie mit Entrüstung und auf das entschiedenste zurückgewiesen haben, wenn dazu auch nur der leiseste Versuch gemacht worden wäre. —

2. Schon aus diesen Gründen ergeben sich im einzelnen Falle noch bedeutsame Folgerungen, die nur im allgemeinen angedeutet werden können. Die erste Folgerung ist das unentwegte Festhalten an der Forderung: Freiheit der Kirche. Wenn die neue Reichsverfassung den Satz aufgestellt hat: „Es besteht keine Staatskirche," so werden wir uns um so mehr für berechtigt und verpflichtet halten, jeglichen Versuch der Gesetzgebung oder anderer Parteien, die Freiheit der Kirchen zu beeinträchtigen, auf das entschiedenste zu bekämpfen und abzuweisen.

3. Dabei ist das Zentrum, wie heutzutage wohl nicht mehr ernsthaft bestritten werden kann, seit je eine

politische und keine konfessionelle Partei.

Soweit Katholiken zur Partei gehören, fassen sie selbstverständlich das christliche Prinzip im Sinne der Lehre und Auffassung der katholischen Kirche auf; niemals aber ist von maßgebender Stelle die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche als eine unumstößliche Voraussetzung der Zugehörigkeit zur Zentrumspartei hingestellt worden. Im Gegenteil, wir sind der Ansicht, daß die Grundsätze und Ziele der Zentrumspartei derart sind, daß sie auch von Andersdenkenden, namentlich auch von Angehörigen der evangelischen Kirche, politisch vertreten und verteidigt werden können.

Das Zentrum ist seit jeher auch insofern eine politische Partei gewesen, als es seine Maßnahmen einrichtet nach Gründen der Staatsnotwendigkeit und der Staatszweckmäßigkeit, nicht in erster Linie nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Das ist des öfteren bestritten worden und für unrichtig erklärt worden: Namentlich bei Wahlen macht sich das vielfach bemerkbar, wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund zu stellen; die Bestimmung von Kandidaten zur Wahl nicht davon abhängig zu machen, welche staatspolitischen Anschauungen, sondern davon, welche wirtschaftlichen Meinungen sie vertreten, in Sonderheit, welchem Stande und Berufe sie angehören.

Das Zentrum ist seit je allen Versuchen, die wirtschaftliche Gruppierung der Bevölkerung zur Grundlage politischer Parteibildung zu machen, mit aller Entschiedenheit entgegengetreten, rühmt sich aber, in sich die

beste Vertretung auch der wirtschaftlichen Interessen

seiner Angehörigen zu sein, weil es den Vorzug besitzt, Angehörige aller Stände und Berufe zu seinen Anhängern zu zählen, und erhebt den Anspruch, in bester Weise für das Interesse aller Stände und Berufe gewirkt zu haben. Das vermag das Zentrum nur, weil es den Grundsatz des Rechts und der christlichen Gerechtigkeit sich zu eigen gemacht hat, weil es nach diesem Grundsatz jedem Stande in wirtschaftlicher Beziehung zuzuwenden sucht, was ihm billigerweise zukommt, ohne die Interessen und berechtigten Ansprüche der anderen Stände dadurch zu verletzen.

Einen Ausgleich der verschiedenen Ansichten hat das Zentrum in der Schaffung des Reichswirtschaftsrates in der neuen Reichsverfassung erblickt. Hier kommen die verschiedenen wirtschaftlichen Strömungen und Interessen zu voller Auswirkung. Sachverständige aller Richtungen kommen hier zu Wort.

4. Eine weitere Folge des oben aufgestellten Grundsatzes ist die Forderung, daß alle Staatsbürger in gleicher Weise, falls sie nur die nötigen Fähigkeiten besitzen, Zutritt zu den öffentlichen Aemtern besitzen müssen. Das Verlangen nach

Parität,

nach gleicher Behandlung auch des katholischen Volksteils bei Besetzung von Aemtern, ist niemals verstummt, vielleicht in den letzten 20 Jahren stärker erhoben worden als früher, weil das Mißverhältnis der Vertretung der Konfessionen in den verschiedenen Beamtenkörpern immer drastischer und schroffer zutage trat.

5. Eine fernere Folgerung außer den Grundsätzen, daß die christliche Auffassung Grundlage der Politik sein soll, stellt die Forderung nach Sicherstellung und Beibehaltung der

konfessionellen Schule

dar. Seit je ist die Zentrumspolitik die wärmste und eifrigste Vertreterin des konfessionellen Schulgedankens gewesen. Ganz naturgemäß, denn wenn ich nicht das Dasein des Menschen mit dem Tode für abgeschlossen erachte, sondern sein eigentliches Ziel in der Annäherung seines Geistes an Gott, seinen Schöpfer, erblicke, dann muß ich das Ziel der Schule nicht nur in der Vermittelung möglichst umfangreicher Kenntnisse erblicken, sondern vornehmlich auch in der Erziehung des Kindes, in der Einwirkung auf seinen Geist, seinen Willen, das Gute und Böse nicht nur zu erkennen, sondern auch den festen Entschluß zu fassen, das erkannte Gute auszuführen und das erkannte Böse zu vermeiden. Dabei wollen wir konsequent nicht unsere Auffassung Andersdenkenden aufzwingen. Aber die Forderung erheben wir mit aller Kraft, und wissen uns in Uebereinstimmung mit den weitesten Kreisen der christlichen Bevölkerung: es ist eine unabweisliche Forderung, die in der Verfassung ihren unzweideutigen Ausdruck gefunden hat, daß unser Schulwesen im Deutschen Reich nach dem Willen der Erziehungsberechtigten eingerichtet werden muß.

6. Hier kann ich nur einige hauptsächlichste Punkte hervorheben, bei denen die Betonung des christlichen Prinzips mit ganz besonderer Entschiedenheit seitens der Zentrumspartei seit je erfolgt ist und angesichts der Entwicklung der Dinge auch zurzeit erfolgen muß. Ueberaus zahlreich sind ganz naturgemäß die Anwendungsfälle des hier in Betracht kommenden Grundsatzes, schon weil nach unserer Auffassung das

gesamte öffentliche Leben

von Weltanschauungsgedanken getragen und durchdrungen sein soll.

II.

1. Wenn die Zentrumspartei für die Durchdringung des gesamten öffentlichen Lebens mit christlichen Ideen eintritt, so bekämpft sie auf der anderen Seite die Verneinung und Auflösung des Staatsgedankens. Man verübelt immer noch in einigen Kreisen dem Zentrum, daß es sich nach der Revolution mit aller Entschiedenheit auf den neuen Stand der Dinge eingerichtet und alles daran gesetzt hat, um den rechtswidrigen und ungesetzlichen Zustand zu einem rechtlich begründeten und verfassungsmäßigen zu machen.

Wenn jemals Vorwürfe gegen das Zentrum ungerechtfertigt sind, wenn die Zentrumspartei jemals mit ruhigem Gewissen einer Verantwortung über ihre Tätigkeit entgegensehen kann, dann ist es nach meiner Meinung in diesem Punkte.

Niemand hat bis jetzt auch nur im entferntesten die Behauptung aufzustellen gewagt, das Zentrum habe die Revolution im November 1918 mitbewirkt oder auch nur gebilligt. Die Verfassung vom 11. August 1919 ist durchaus einwandfrei zustande gekommen. Nach christlicher und auch nach katholischer Auffassung ist die Form der Staatsverfassung in keiner Weise Gegenstand der christlichen Lehre. Ob Monarchie oder Republik, beide Staatsformen sind mit christlicher Auffassung vom Wesen des Staats durchaus vereinbar. Wenn die Beobachtung und die Anerkennung der Verfassung verlangt wird, dann wird damit in keiner Weise die Forderung erhoben, daß diejenigen, die in der Monarchie die bessere Staatsform erblicken, ihre Meinung aufgeben und die republikanische Staatsform für die bessere anerkennen sollen. Nicht das Zentrum hat die Grundlinien seiner Vorfahren verlassen, es hat ihren im Programm fest verankerten Willen, für die Verfassung einzutreten, als neuer Testamentsvollstrecker ausgeführt. Nach Zertrümmerung der alten Staatsordnung hat es sofort Hand angelegt, eine neue Verfassung aufzubauen, hat nach Männern und Parteien umgesehen, die mit ihm bereit waren, das Ziel zu erstreben und dann, sobald das Ziel erreicht war, sie zum Staatsrecht gewordene Verfassung als solche anerkannt und ihre Anerkennung von den Staatsbürgern verlangt.

2. Zurzeit wäre es das Unzweckmäßigste, sich in neue Verfassungskämpfe einzulassen. Das Zentrum ist sicherlich mit einer ganzen Reihe von Verfassungsbestimmungen nicht einverstanden, aber dennoch würde ich es für einen Irrweg schlimmster Art halten, wenn wir jetzt, wo wir Ruhe im Innern

Herrn Kollins Abenteuer.

Frank Heller.

Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Schwedischen von Marie Franzos.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Nein, Sir, verzeihen Sie, das ist nicht teuer. Ueberdies sind das Dinge, die noch unerhört an Wert steigen werden. Wir führen nur erstklassige Ware, Sir."

Obgleich noch durch die Anspielung auf die „Daily Mail" verletzt, mußte Kenyon innerlich zugeben, daß der Mann recht hatte. Er nahm zwei Zehnpfundnoten heraus, steckte die zwei Pfund ein, die er zurückbekam, und bat, die Sachen zuzuschicken. Inzwischen kamen zwei junge Männer von gewöhnlichem Kontoristenaussehen von der Straße herein, nickten dem Ladenbesitzer zu und begaben sich in das rückwärtige Zimmer. Mit einem raschen „Sie entschuldigen, Sir?" ging M. Labertisse ihnen nach. Kenyon beeilte sich unterdessen, den Laden einer Prüfung zu unterziehen, konnte aber nichts Verdächtiges finden, und guckte dann rasch durch eine Spalte der Draperie in das anstoßende Zimmer. Die beiden jungen Männer hatten einen größeren Haufen Silber- und Goldmünzen vor M. Labertisse aufgestapelt, und dieser war damit beschäftigt, Posten in ein Geschäftsbuch einzutragen. „Alles scheint hier allright zu sein," sagte sich Kenyon mit einem Seufzer. „Vergessen Sie nicht, mir meine Sachen zu schicken," rief er und verließ das Lokal.

Draußen in Southampton Road blieb er stehen und überdachte die Sachlage. Natürlich war bei M. Labertisse nichts zu finden gewesen, das war ja klar, bei dieser verdammten Affäre war ja überhaupt nirgends etwas zu finden. Was sollte er jetzt tun? Antwort auf die Telegramme, die er zur Prüfung seiner letzten Theorie abgesandt hatte, konnte er nicht vor Nachmittag erwarten . . . Während er noch so nachdachte, sah er plötzlich zwei Personen, deren Anblick ihm zu einem raschen Entschluß verhalf. Der eine war der schwarzhaarige Herr, den er eben erst im Laden gesehen hatte, und der nun in seinem Auto um die Ecke von Holborn bog und wieder vor dem Geschäft vorfuhr; der andere war einer seiner eigenen Helfer, Blair, der sich an der Ecke der Sicilian-Avenue eben die Schuhe bürsten ließ.

Kenyon ging rasch über die Straße auf den letzteren zu.

„Blair," sagte er, „behalten Sie diesen französischen Kuriositätenladen eine Stunde lang im Auge und kommen Sie dann ins Holbornrestaurant und legen Sie mir Rapport ab. Ich gehe hin und nehme meinen Lunch. Wahrscheinlich werden Sie mir nichts Wichtiges mitzuteilen haben, aber immerhin . . . Und ja richtig, bringen Sie heraus, wem das Auto gehört, das dort vor dem Laden steht."

Kenyon aß seinen Lunch, während er die „Mall Mall" und die „Westminster Gazette" las, ein Studium, das keineswegs danach angetan war, seinen Appetit anzuregen. Beide behandelten die Falschmünzeraffäre in einem kurzen Artikel. „Noch," schrieb die „Mall Mall Gazette", „haben wir nichts von der Arretierung der frechsten, am hellichten Tag operierenden Verbrecherbande gehört, die wir seit fünfzig Jahren in England gehabt haben. Sie begann am 14. April, heute haben wir den 1. Mai. Schläft die Polizei? Schläft Mr. James Kenyon?" Und die Witzbeilage der „Westminster Gazette" zeigte die Falschmünzerbande mit schweren Beuteln voll falschen Goldes nach dem Preis der Lorbeeren von Scotland Yard fragen. Kenyon schleuderte die Zeitungen mit einem Fluch weg, und sah Blair zur Türe hereinkommen.

„Ich habe Ihre Order ausgeführt, Sir," sagte dieser. „Bevor Sie noch um die Ecke waren, kam ein schwarzhaariger Herr aus dem Geschäft und fuhr in dem Auto, das Sie erwähnt haben, fort. Dann kamen drei junge Männer, die wie Kontoristen aussahen, über die Straße und gingen ebenfalls in den Laden. Sie vergaßen die Tür zu schließen, und ich schlich hinter ihnen hinein, ohne daß sie es merkten. Sie gingen direkt in das rückwärtige Zimmer, ich guckte durch die Draperie und sah, wie sie Gold und Silber vor einem rothaarigen Mann ausleerten, den ich für den Ladenbesitzer hielt; sie lachten alle vier, aber ich konnte nicht hören, was sie sagten. Der Ladenbesitzer trug die Posten in ein Buch ein, das er dann in einem Geheimschrank in der linken Ecke des Zimmers aufhob. Ich schlüpfte wieder hinaus, bevor sie mich bemerkten. Sonst ist nichts vorgefallen, aber über das Auto weiß ich Bescheid. Es gehört Professor Pelotard, Gothenburg Road 49."

„Danke, Blair, es ist gut," sagte Kenyon, „Sie können gehen. Pelotard," wiederholte er halblaut für sich selbst, „wo zum Teufel habe ich diesen Namen doch schon gehört?"

Er streckte die Hand nach Zucker zu seinem Kaffee aus und warf dabei zufällig einen Blick auf die Zeitungen vor sich. Auf der nach oben gekehrten Seite der „Mall Mall Gazette" erblickte er eine Annonce, die er nun schon seit zwei Jahren an derselben Stelle gesehen hatte. „Psychische Forschung" und die zerstreut blickende Gestalt darauf mit ihem Shakespeare-Folio. Er lachte und las die wohlbekannten Phrasen durch: „Professor Pelotard sucht für eine große wissenschaftliche Arbeit . . . mit hochgradiger Zerstreutheit, seelischer Unruhe und Gedächtnisschwäche zusammenhängend . . . . die unangenehmen Folgeerscheinungen, die die Zerstreutheit zu einer wahren Geißel . . ." und so weiter. Aha, da hatte er den Namen des Professors gesehen. Wie war es doch? Hatte nicht der schwarzhaarige Herr im Laden den rothaarigen Professor angeredet? Es hätte doch umgekehrt sein sollen. Tja.

Kenyon raffte sich aus seinen Grübeleien auf. Man mußte an die Arbeit gehen, wenn auch ohne Hoffnung! Schläft Mr. Kenyon? zitierte er ironisch und ging.

Um sechs Uhr desselben Abends kam Kenyon mit nicht viel freudigerer Miene als am Morgen aus seinem Kontor. Auf seine Telegramme war eine Antwort eingelaufen, aber nicht die wichtigste, und die Situation war noch immer hoffnungslos. Verdammte Kerle, fluchte er, und ging in ein Zigarrengeschäft, um sich eine Schachtel „State Expreß" zu kaufen. Er schleuderte eine Goldmünze auf den Tisch und bekam sie augenblicklich vom Ladenbesitzer zurück.

„Versuchen Sie das bei einem anderen, Herr," knurrte dieser aus seinem dicken Schnurrbart heraus. „Ich habe schon zu viele von der Sorte bekommen."

„Sie meinen doch nicht, daß er falsch ist?" sagte Kenyon bestürzt und betrachtete den zurückgewiesenen Souvereign.

„Und ob ich das glaube," brüllte der gereizte Ladenbesitzer. „Sieht der Herr dieses Stück Kreide? Weiß der Herr was darin ist? Quecksilber? Versteht der Herr? Damit probiere ich die Ware. Die Echten greift es an, aber die Falschen nicht."

Kenyon stieß einen Pfiff aus; warum war noch niemand anderer auf eine so einfache Probe gekommen? Dann wäre vielleicht die Hälfte der Fälle ungeschehen und die Verbrecher hinter Schloß und Riegel. Er zog einen anderen Souvereign aus der Tasche; der Ladenbesitzer untersuchte ihn wie den vorigen und stürzte dann aus dem Geschäft.

„Das geht, hol mich der Teufel, zu weit!" grölte er aus seinem Schnurrbart heraus. „Hier haben wir meiner Seel einen der Falschmünzerherren in eigener Person, das ist so sicher wie das Evangelium. Sie kommen auf die Polizeistube, und zwar sofort!"

Er hatte eine Stimme wie ein gereizter Stier. Die Zuhörerscharen strömten von allen Seiten herbei, und Kenyon mußte, rot vor Wut, seine Polizeikarte herausziehen, die er aus Anlaß der Falschmünzersache bei sich trug, bevor der gereizte Mann von ihm abließ. Er pfiff einem Taxi und mußte schweigend zuhören, wie man den Chauffeur vor ihm warnte.

„Paß nur auf, Cholly!" schrie man von allen Seiten. „Nimm dich vor seinen Geldfischen in acht, Cholly! Nette Polizei, die selbst falsches Geld unter die Leute bringt! Die müßten noch Ammen mithaben, wenn sie spazieren gehen!"

Aber während Kenyon in wilder Eile im Taxi dahinflog, kam ihm plötzlich eine Idee: das waren ja gerade die beiden Pfund, die er am Morgen in M. Labertisses Geschäft zurückbekommen hatte! Er hatte den ganzen Tag keine anderen in der Tasche gehabt! Aha, war der rothaarige Franzose also doch tiefer als es aussah! Lag bei ihm vielleicht der Schlüssel zu der Sache? Ein Hoffnungsstrahl leuchtete wieder, und im nächsten Augenblick hatte Kenyon dem tief mißtrauischen Chauffeur eine andere Order gegeben, ihr durch die Verzeigung seiner Polizeikarte Nachdruck verliehen, und sauste nun durch die Straßen nach Holborn. Einmal ließ er den Chauffeur halten — vor einer Apotheke, wo er sich eine Viertelstunde aufhielt, dann ging es wieder weiter, und Schlag sieben Uhr sprang er vor dem Haus 138 Southampton Road heraus und gab Order zu warten. Der rothaarige Ladenbesitzer war eben im Begriff, zu schließen.

„Wir schließen um sieben Uhr, Sir", sagte er etwas steif.

„Tun Sie das," rief Kenyon, „und kommen Sie dann mit mir ins Geschäft. Ich habe mit Ihnen etwas zu sprechen, Monsieur!"

„Etwas Wichtiges, Sir?"

„Verdammt wichtig, und machen Sie nur keine Ausflüchte, sagte Kenyon barsch. Zögernd ließ der Mann die Rolläden herab und ging mit Kenyon, der die Türe von innen verriegelte, in den Laden.

* * *

Um halb zehn Uhr desselben Abends stand Kenyons Chauffeur halb weinend im Gespräch mit einem Polizeikonstabler vor dem Hause 138 Southampton Road. Es sei nun über zwei Stunden her, sagte er, seit der Herr, von dem die Leute sagten, daß er falsches Geld habe, und der selbst behauptete, ein Polyp — ein Polizist zu sein, in diesen Laden getreten war! Was sollte er tun? Was zum Teufel sollte er tun? Das waren schwere Zeiten für einen Chauffeur, wenn schon die Polypen — die Polizisten die Leute mit falschem Geld anschmierten. Er bespuckte energisch einen Laternenpfahl, und der Polizeikonstabler, der seiner Klage ein williges Ohr geschenkt hatte, war eben im Begriff anzuklopfen, als die Türe sich öffnete und Kenyon auf der Schwelle erschien, mit einem schwarzhaarigen Herrn, der beim Anblick des Konstablers von einem Zittern befallen wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Zurück!

Von Prediger H. Baiker-Arnheim.

Mit Erstaunen habe ich den Artikel „Wohin?" des Herrn Braach-Duisburg im „Bocholter Volksblatt" vom 17. Dezember 1921 gelesen. Leider hatte ich bisher keine Zeit, ihn zu beantworten. An den Festtagen, besonders Weihnachten, hatte ich wichtigere Arbeit und ich hoffte auch, daß ein anderer zu dem Artikel das Wort nehmen würde. Leider war das nicht der Fall und darum ein paar Worte:

„Wohin?" — fragt Herr Braach — „Wohin?"

Er erzählt uns von zwei Holländern in einem D-Zuge nach Amsterdam, vom Kopf bis zu den Füßen neu bekleidet. „Man merkte ihnen an, daß sie nie vorher einen so tadellosen Anzug und Mantel, nie so vornehmes Gepäckwerk, nie so tadellose Wäsche getragen hatten. Eine goldene Uhrkette auf der breiten Weste, eine dicke Perle auf dem breiten Shlips, goldene Brillantringe an den Fingern. Wer weiß, was die neuen Lederkoffer enthalten." Und am Schluß — wir wollen nicht alles wiederholen — nahm einer der zwei einige Hundertmarkscheine in die Hand — und da — er tritt zum Gepäck — eine segnende Handbewegung — und draußen reißt der stürmische Luftzug das papierene Geld an sich. „Da hast du, Deutschland, den Dreck. Sagte und setzt sich selbstbewußt nieder."

O tempora! O mores! Was will der Schreiber mit dieser Erzählung sagen? Daß Holland ein verdorbenes Land ist? Was ist das Ziel des Schreibers? Generalhetze? Sollte es in Holland nur diese Art Leute geben? Der Schreiber kennt bessere und auch geordnetere Leute in Deutschland kennen ist, aber das Volk, in Holland sagen wir das „Gros", was muß das von solchen Erzählungen denken? Es muß wohl dunkel und grau und traurig in dem Herzen des Schreibers ausgesehen haben, daß er meinte, das Vorkommnis der Oeffentlichkeit mitteilen zu müssen. Ein gutes holländisches Sprichwort sagt: „Schreib Beleidigungen in den Sand und Wohltaten in Marmor". Der Verfasser hätte dem Herrn Braach ein gutes Mittel angeben können, um solche Fälle in Zukunft zu verhindern. Aber daran hat der Schreiber natürlich nicht gedacht, auch nicht an die Zeit, da Tausende und Tausende von Deutschen die holländische Grenze überschritten, um mit Lebensmitteln schwer belastet wieder heim zu kehren. Wie manchmal habe ich damals auf der Eisenbahn den Anschluß verfehlt oder gewartet, bis der Strom von Menschen vorbei war.

„Wohin?" fragt der Schreiber — „Wohin?"

Zurück — Herr Braach — Zurück! Wohin Zurück? Zurück nach der Quelle der Liebe, zurück nach der Quelle, wovon Schiller so treffend gesagt hat:

„O Liebe, stark wie Sonne,
o Treue felsentreu,
O kommt und macht die Bronnen
der Erde wieder neu,
Das gibt ein selig Wandern,
wo jeder sich vergißt,
Und nur noch für den andern
ein Wegbezwinger ist."

Wohin? Zurück zu dem Wort der heiligen Schrift: „Also hat Gott die Welt geliebt, daß er seinen eingeborenen Sohn dahingab, auf daß alle, die an ihn glauben, nicht verloren gehen, sondern das ewige Leben haben." Wohin? Zurück, zurück auch die Feder, wenn Sie nichts anderes in sich hat, als Haß und Kränkungen zu schreiben. Haß ist schon genug gesäet. Die ganze Welt liegt zertrümmert vor unseren Füßen.

Die Zeit ist nicht ferne, wo wir Gelegenheit genug haben werden, zu sehen, was Haß bedeutet und ein jeder frage sich dann, ob und inwiefern er Schuld daran trägt. „Was der Mensch säet, das wird er auch ernten."

Viel werde ich armer Prediger nicht an der Welt ändern können. Mein Wort wird wohl eine Stimme in der Wüste bleiben, aber wo ich in Deutschland durch meine Missionsarbeit für die Holländer Gelegenheit haben werde, da werde ich solange noch ein Atemzug in meiner Brust ist, die Fahne der Liebe hochhalten; denn:

„Das gibt ein selig Wandern,
wo jeder sich vergißt,
Und nur noch für den andern,
ein Wegbezwinger ist."

Auf den Artikel des Herrn Braach folgt ein Artikel von Kaulitz-Niedeck über: „Das wiedererstehende Oppau." Ich weiß nicht, welche Ursache die Explosion hatte, aber wohl kenne ich die Ursache der Zerrüttung der heutigen Welt. — Frei fliegen die Züge vorüber an Hütten und Hallen und Fabriken, Rauchfahnen wogen aus Schornsteinwäldern, weißer Maschinendampf stößt ruckweise aus Röhren, in Werken wogen Meere von Eisenglut, hoch über Dächer hinaus spritzen brennende Schlacken! — Mit dem Rhythmus der Zugräder mischt sich der Gesang der Arbeit: Getöse der Hämmer, Gerassel von Ketten und Kranen, Stampfen, Brausen und Sausen der Walzen und Kolben — ein Wort und dieses Alles liegt zertrümmert am Boden und das Wort ist Haß, ein Wort und auf der ganzen Welt gibt es nur ein Leben des Fleißes, ein Leben der Arbeit, ein Leben der Tat, ein Wort meistert das Elend, baut uns ein neues Haus, schweißt uns ein neues Geschick, erschaffet uns neue Ehre — das Wort ist Liebe.

Und wenn Herr Braach noch einmal wieder solche Holländer antrifft in dem D-Zuge nach Amsterdam, er tröste sich mit dem Gedanken, daß sie bald wieder aus Deutschland hinausziehen.

Aus dem Mittelstand.

Der Verband Vereinigter Innungsausschüsse veranstaltete vor einigen Tagen in Essen im Beisein von Vertretern der Handwerkskammern eine Konferenz, an welcher die Geschäftsführer und Vorsitzenden der Rhein.-Westfälischen Innungs-Ausschüsse in großer Zahl teilnahmen. Der geschäftsführende Vorsitzende Herr Dr. Lüddering erstattete den Jahresbericht über die Tätigkeit des Verbandes. Es gehören ihm zur Zeit 50 Innungsausschüsse bezw. Mittelstandsämter an, die insgesamt 42 000 Mitglieder in 600 Fach-Innungen umfassen. Hervorzuheben ist, daß der Verband eine eigene Zeitschrift ins Leben gerufen hat, unter dem Titel „Rheinisch-Westfälischer Innungsbote". Ferner hat der Verband eine eigene Zentralstelle für Versicherungswesen errichtet, um hierdurch das Versicherungswesen auf die berufsständische Selbstverwaltung überzuleiten. Herr Reichstagsabgeordneter Lange-Hegermann, Vorsitzender des Innungsausschusses Bochum, sprach über die wirtschaftspolitische Lage im allgemeinen und die Steuerfragen im besonderen. Ueber den Antrag Hammer-Breitscheidt zur Umsatzsteuerfrage berichtete Herr Referendar Schweres. Die Konferenz nahm hierzu eingehend Stellung. Sie erwartet einmütig den Antrag Hammer-Breitscheidt, der eine Befreiung der Genossenschaften einschließl. der Konsumvereine von der Umsatzsteuer in weitem Umfange vorsieht. Grundlegend hierfür war die Erwägung, daß alle Wirtschaftsunternehmungen hinsichtlich der Steuerbelastung gleichmäßig behandelt werden müssen, und daß die natürlichen Wirtschaftskräfte in ihrer Bewegungsfreiheit durch künstliche Mittel nicht gehemmt werden dürfen. Die anwesenden Vertreter der Genossenschaften stimmten dieser Entschließung zu, weil sie die Hochhaltung das Gesamtwohl des Handwerks höher einschätzen, der steuerlichen Gerechtigkeit und die Rücksicht auf als den augenblicklichen Vorteil, den ihnen der Antrag Hammer zweifellos bietet. Der Spezialreferent für juristische Fragen, Herr Dr. Schumacher-Essen, referierte alsdann über die Rechtmäßigkeit der Bezeichnung „Handwerks- und Gewerbeamt" für die Innungsausschüsse. Es wurde beschlossen, dem Minister für Handel und Gewerbe ein juristisches Gutachten über diese Frage zu unterbreiten. Ueber die Handwerkskammerwahlen berichtete der Vorsitzende. Die Versammlung nahm mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Innungsausschüsse im Kammerbezirk Düsseldorf einen unbestrittenen Sieg davon getragen haben.

Bauerntag in Borken.

R. Borken, den 17. Januar.

Heute hielt die wirtschaftspolitische Vereinigung des landwirtschaftlichen Kreisvereins seine Generalversammlung im städtischen Saale zu Borken. Welches Interesse man dieser Versammlung entgegenbrachte, zeigte der überaus starke Besuch. Der große Saal vermochte kaum die Gäste zu fassen, die erschienen waren. Bis auf den letzten Stehplatz war er gefüllt; denn nicht weniger als 700 Teilnehmer waren hier zugegen. Der Vorsitzende, Herr Baron von Wendt eröffnete die Versammlung und erteilte nach einer kurzen Begrüßung dem Generalsekretär des Westfälischen Bauernvereins Herrn Dr. Lowenkamp das Wort zu seinem Vortrage über „Die Gegenwartsaufgabe der deutschen Landwirtschaft". In einstündigem Vortrage wußte er die Versammlung durch seine zündenden Worte in gespanntester Aufmerksamkeit zu halten. Er wies zunächst auf die Bedeutung der Landwirtschaft hin, sie sei das Fundament des Staates. Sie habe es in der Hand, daß nicht wieder wie im Vorjahre für 100 Mill. Mark Lebensmittel einzuführen seien. Dadurch würde unsere Valuta immer mehr sinken, so daß wir schließlich außerstande wären, Rohprodukte zu kaufen, unsere Industrie lahmgelegt und die Zahl der Arbeitslosen von Tag zu Tag steigen würden. Die Landwirtschaft müsse sich der Zeit anpassen durch Produktionssteigerung und uns so unabhängig machen von dem Auslande. Das sei jedoch keine leichte Aufgabe. Nach den Friedensstatistiken seien für 12 Mill. Menschen alljährlich Lebensmittel eingeführt und dazu käme noch, daß die abgetretenen Gebiete aus ihren Ueberschüssen noch 8 Mill. Menschen mit Lebensmitteln versorgt hätten, so daß also nur 20 Mill. Menschen Nahrung mehr produziert werden müßten. Dabei sei noch zu berücksichtigen, daß neben Lebensmitteln auch große Mengen an Futtermitteln eingeführt seien; zudem sei die Produktion infolge des Krieges wesentlich zurückgegangen. Aber trotz alledem sei die Landwirtschaft bei dieser Produktionssteigerung rein technisch betrachtet, imstande, durch bessere Bodenbearbeitung, Düngung, Saatgutwechsel, Anwendung von Maschinen, intensivere Viehzüchtung usw. Wenn von allen Landwirten diesen Fragen mehr Aufmerksamkeit geschenkt würde, so wäre die Landwirtschaft in der Lage, nicht allein 60 Mill., sondern sogar 100 Mill. Einwohner zu ernähren. Doch auf diesen Gebieten sähe es bei vielen Landwirten noch übel aus. Das läge jedoch zumeist nicht am guten Willen, sondern daran, daß die meisten Landwirte technisch zu wenig geschult seien. Gerade bei der Schulbildung müßte auf dem Lande der Hebel angesetzt werden. Eine ländliche Fortbildungsschule dürfe heute in keiner Gemeinde und eine landw. Berufsschule in keinem Kreise fehlen. Löse die Landwirtschaft die Aufgabe der entsprechenden Produktionssteigerung nicht, so würden wir wirtschaftlich zu Grunde gehen und sie habe den Schaden mit zu tragen. Es frage sich jedoch, ob die Landwirtschaft bei einer Mehrkostenaufwendung auf ihre Kosten käme. In der heutigen Zeit, wo wir noch mit den Resten der Zwangswirtschaft zu kämpfen und wo die Verbraucher so wenig Verständnis zeigten für die großen Erzeugungskosten, sei daran jedoch noch nicht zu denken. Dabei ließe sich jedoch auch nicht verkennen, daß man in der heutigen Zeit noch mit der großen Notlage der Arbeiter und Beamten rechnen müßte und solange diesen noch das rechte Verständnis für die Höhe der Erzeugungskosten abgehe, würde auch von keiner Verständigung zwischen Stadt und Land die Rede sein können. Darum müßte durch die Presse eine systematische Aufklärung der Verbraucherkreise einsetzen, damit bald der Tag komme, der das einigende Band schlinge um Erzeuger und Verbraucher und alle wirtschaffenden Stände neben- und miteinander arbeiteten zum Wohle des Vaterlandes. Doch nicht allein die rein technischen sondern auch die volkswirtschaftlichen Fragen spielen bei der Frage der Produktionssteigerung eine große Rolle. Da sei vor allen Dingen der große Mangel an künstlichen Düngemitteln zu beklagen. Daß dabei dann solche noch ins Ausland geschaffen seien, sei erfolgt um uns ausländische Devisen zu verschaffen. Die Produktionssteigerung wäre schlecht möglich, solange der Mangel an Arbeitskräften und Verkehrsmitteln sich bemerkbar macht. Der Mangel an Waggons bei der Beförderung der Kartoffeln habe zu einer Preisbildung der Kartoffeln geführt. Eine Verbesserung der Verkehrsmittel sei unbedingt erforderlich. Eine Förderung der Produktion sei ebenfalls nicht möglich, wenn die staatspolitischen Voraussetzungen, so besonders die Sicherheit des Eigentums auf dem Lande fehlten. Die Sicherstellung der landwirtschaftlichen Betriebe wäre die beste Gewähr für eine Produktionssteigerung. Sozialisierungsbestrebungen ständen ihr im Wege. Und wenn im Gesetze keine Rücksicht genommen würde auf die Besteuerung des Grundes und Bodens, wäre an eine Steigerung der Erträge nicht zu denken. Redner schloß mit der eindringlichen Mahnung, daß die Landwirte an dem großen Hilfswerk des deutschen Volkes teilnehmen sollen und besonders die westfälische Landwirtschaft sich mit an die Spitze der Front stelle, um den hehren Gedanken, die Gesundung des Volkes, zu verwirklichen.

Dann führte Dr. Dietz vom Bauernverein in seinem Referate „Die Gegenwartsaufgabe des deutschen Volkes" zunächst aus, daß wir nicht nur politisch und wirtschaftlich besiegt seien, sondern auch mit der Annahme des Versailler Vertrages indirekt die Schuld am Weltkriege auf uns genommen hätten. Er stellte zur Erläuterung der augenblicklichen Lage einen Vergleich mit der Lage im alten römischen Kaiserreiche auf. In scharfen Worten geißelte der Redner dann die Früchte der sozialistischen Bewegung; er wies nach, daß die augenblicklichen unerquicklichen Verhältnisse auf die Revolution zurückzuführen seien und daß sich durch sämtliche Steuergesetze der Sozialisierungsgedanke wie ein roter Faden ziehe. Den Sozialisten schrieb der Redner die etwaigen Auswirkungen des Versailler Vertrages zu, die letzten Endes auf die Auslieferung des Privatbesitzes in die Hände der Entente hinzielten. Zum Schluß weist Dr. Dietz auf die Belebung der christlichen Weltanschauung, des deutschen Gedankens und der alten deutschen Einigkeit hin. Bei der Pflege dieser drei Grundgedanken würde Deutschland nie zu Grunde gehen.

Der Vorsitzende, Baron von Graes, dankte zum Schluß beiden Rednern für die begeisternden Vorträge und ermahnte alle, treu zusammen zu stehen in dem westfälischen Bauernverein. Gegen 4 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 18. Januar.

a. **Postpersonalien.** Herr Ober-Postinspektor Rechnungsrat Herdemann ist zum Postamtmann befördert worden.

l. **Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener E. V.** Die hiesige Kriegsgefangenen-Vereinigung veranstaltete am vergangenen Sonntag, den 15. Januar im Arbeitervereinshause St. Joseph einen Theaterabend für die Oeffentlichkeit. Zur Aufführung gelangte zuerst ein Drama aus marokkanischer Gefangenschaft und ihm folgte „O Heimatsjonne, Heimatserde", ein Volksstück mit Gesang in 3 Akten. Beide Stücke wurden sehr flott und mit großer Sicherheit gespielt und die Mitwirkenden ernteten reichen Beifall. Leider war der Saal zu klein, um die Zuschauer zu fassen. Am Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, wird die Aufführung wiederholt und zwar im Arbeitervereinshause St. Paulus. Es kann nur gutes gesagt werden über das Gegebene und ein Besuch ist nur zu empfehlen. Jeder wird reichlich auf seine Kosten kommen. Wir wünschen auch diesesmal den hiesigen Kriegsgefangenen ein vollbesetztes Haus.

s. **Kunst-Ausstellung und Versteigerung.** Wie aus dem Inseratenteil der heutigen Ausgabe hervorgeht, findet morgen Donnerstag, den 19. d. Mts., von vormittags 9 Uhr ab im Städtischen Saalbau hier eine Kunst-Ausstellung mit anschließender Versteigerung von Oelgemälden alter und moderner Meister, orientalischen Teppichen und erstklassigen Kristallsachen statt. Die vom Veranstalter, Herr Auktionator J. Kölle im Oktober v. J. arrangierte Ausstellung und Versteigerung kunstgewerblicher Gegenstände dürfte wohl noch in Interessentenkreisen in angenehmer Erinnerung sein und wir hoffen, daß Herr Kölle morgen uns eine ähnliche Ausstellung bieten wird.

l. **Vortrag über Katharina Emmerich.** Der hochw. Pater Prior Koester von Carthaus bei Dülmen wird am Mittwoch nachmittag 3 Uhr im Hospiz einen Vortrag über Anna Katharina Emmerich halten. Alle Verehrer der frommen Dulderin und als Zuhörer willkommen.

m. **Der Katholische deutsche Frauenbund, Bezirkssekretariat Münster,** wird, wie wir hören, am 31. Januar einen Frauentag für die Provinz Westfalen in die Wege leiten. Während die Morgenstunden einer Konferenz der Vorstände und Vertrauensmitglieder zwecks Orientierung über die Organisation des „Heimatdienstes" vorbehalten sind, wird am Nachmittag eine allgemeine öffentliche Frauenversammlung stattfinden. Als Redner wurden gewonnen: Frau H. Dransfeld, M. d. R., Berlin und Herr Pater Petrus Louven, O. Pr., Prior, Düsseldorf. — An den folgenden Tagen, 1., 2. und 3. Februar, wird ein Kursus einführen in soziale und wirtschaftliche Fragen des Frauenlebens der Gegenwart. Unter Leitung von Fachkräften werden folgende Hauptfragen besprochen werden: Die gegenwärtige Gestaltung und die Bedeutung des Haushalts; die Gegenwartsprobleme im Frauenberufsleben und die soziale Not der Gegenwart und die Mitarbeit der Frau bei Bekämpfung derselben. Nähere Mitteilungen über den Frauentag wie auch über den Kursus werden durch unsere Presse noch später bekannt gegeben werden.

l. **Unglücksfall.** Beim Schlittschuhlaufen auf der Rennbahn kam ein Schüler der Schule Fildeken, die mit dem Lehrer zum Schlindern auf die Eisbahn gegangen war, zu Fall und brach ein Bein. Der Bedauernswerte wurde auf einem Schlitten nach Hause gebracht und mußte von da aus zum Krankenhaus transportiert werden.

m. **Rhede, 17. Jan. Kath. Arbeiterverein.** In der Generalversammlung am 15. Januar gab der Vorsitzende Johann Weßels den Jahresbericht. Die Vorsitzenden der Theater-, Sport- und Gesang-Abteilung berichteten über die Tätigkeit dieser Abteilungen. Nach dem Kassenberichte wurde dann in der Regelung des Mitgliederbeitrages der Monatsbeitrag einstimmig auf 4 ℳ festgesetzt. Der Ehrenmitgliederbeitrag wurde auf 50 ℳ festgesetzt. Jedes Ehrenmitglied erhält die Westdeutsche Arbeiterzeitung. Eine intensive Werbearbeit wurde beschlossen.

Westfalen und Rheinland.

* **Gronau, 17. Jan. Unglücksfälle.** Dieser Tage geriet ein von hier in Borne beschäftigter Werkmeister mit einem Arm in eine Maschine. Der Arm wurde vollständig abgerissen. — Ein auf einer hiesigen Fabrik beschäftigter Arbeiter verletzte sich an einer Maschine schwer.

* **Dülmen, 17. Jan. Päpstliche Auszeichnung.** Papst Benedikt XV. hat in Anerkennung der hohen Verdienste um Verbreitung katholischer Literatur dem Verlagsbuchhändler Ludwig Schnell (A. Laumann'sche Buchhandlung), persönlich den Titel „Buchdrucker und Verleger des heiligen Apostolischen Stuhles" verliehen mit der Berechtigung, das Wappen Sr. Heiligkeit zu führen.

* **Bielefeld, 17. Jan. Eine freche Schiebung.** Ein von einer Webwarengroßhandelsfirma entlassener Hausbursche ließ sich auf Grund gefälschter Papiere eine Sendung Textilwaren im Werte von 100 000 Mark aushändigen und verkaufte sie für 42 000 ℳ. Der Schieber und einige Helfershelfer wurden verhaftet.

* **Krefeld, 15. Jan. Zur Verurteilung der Offiziere.** Wie erinnerlich, wurden Ende Oktober vorigen Jahres 32 frühere Offiziere, Mitglieder des Vereins ehemaliger 56er, von der Besatzungsbehörde wegen Beteiligung an diesem angeblich militärischen Verein zu Gefängnis bis zu 6 Monaten und 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Auf seine Anfrage erhielt Reichstagsabgeordneter Dr. Quaatz von dem Reichsministerium des Innern die Mitteilung, daß auf Grund der Vorstellungen des Reichskommissars für die besetzten Gebiete und des Auswärtigen Amtes beim belgischen Oberkommissar die Verurteilten bis auf vier am 26. November 1921 aus der Haft entlassen worden sind. Auch die vier zuletzt noch in der Haft zurückbehaltenen Verurteilten, die wegen geringfügigen Waffenbesitzes Zusatzstrafen erhalten hatten, sind inzwischen in Freiheit gesetzt worden.

* **Altena, 17. Jan. Aus Scham in den Tod.** Ein Postaushelfer, der wegen Trunkenheit und Diebstahls festgenommen worden war, wurde bald nach seiner Freilassung als Leiche aus der Lenne gezogen. Man nimmt an, daß der Mann aus Scham selbst den Tod gesucht hat.

* **Koblenz, 16. Jan. Die Geliebte erhängt.** In Michelsburg erhängte ein Bauernbursche seine 20jährige Geliebte, die ihm lästig geworden war. Er wurde verhaftet.

* **Düsseldorf, 16. Jan. Der getränkte gallische Hahn.** Dieser Tage wurde im hiesigen Stadttheater mit großem Erfolge die Operette „Die Primadonna" zur Uraufführung gebracht, in der u. a. ein Hühnerhof-Kouplet gesungen wird. In diesem Kouplet nun stolziert ein Admiral als Hahn einher und der Darsteller der Rolle wirkte so komisch, daß die Nummer mehrfach wiederholt werden mußte. Der Intendant und der städtische Theaterdezernent fielen nun aus allen Himmeln, als sie am andern Morgen vor den französischen General zitiert wurden, der in diesem Kouplet eine Verspottung des französischen appenliers — des Hahns — und in dem großen Beifall, den der Schlager fand, eine Demonstration gegen die französische Republik erblickte. Bei den Wiederholungen der Operette mußte der Admiral-Hahn seine Uniform ablegen und im Frack auftreten. Man kann sich denken, daß der Vorfall von den lustigen Düsseldorfern ausgiebig belacht wird.

* **Lüdinghausen, 16. Jan. Unglücksfall.** Mehrere Arbeiter waren am letzten Freitag in der Lüdinghauser Hütte mit dem Forttragen einer mit flüssigem Eisen gefüllten Gießpfanne vom Kuppelofen zur Gießform beschäftigt, als plötzlich sich der Boden von der Gießpfanne löste und das flüssige Eisen auf den Boden sich ergoß. Durch das umherspritzende Eisen erlitten drei Arbeiter schwere Brandwunden.

Statt besonderer Anzeige!

Durch die glückliche Geburt eines

Töchterchens

wurden hocherfreut

Lehrer Max Levisohn u. Frau
Paula geb. Löwenstein.

Essen (Ruhr.)
Moltkestr. 17. 493p



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, am Montag abend 9 Uhr meine liebe Frau, unsere gute Schwester und Schwägerin, die

Ehefrau Bernh. Weigel
Bernhardine geb. Est

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Sie starb nach kurzer, schwerer Krankheit und versehen mit den hl. Sterbesakramenten im Alter von 28½ Jahren.

Um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene bitten

Bernhard Weigel und Angehörige.

Liedern, Bocholt, Spork, Dingslaken, Haldern, Wertherbruch und Holland, den 17. Jan. 1922.

Das hl. Seelenamt findet am Freitag morgen ½9 Uhr in der St. Georgius-Pfarrkirche statt, darauf die Beerdigung von der Kirche aus. 268e

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, vorstehende Anzeige als solche zu betrachten.

Nachruf.



Am 15. Januar nachm 5 Uhr verschied nach kurzer, schwerer Krankheit unser langjähriges Aufsichtsratmitglied

B. Fastring

aus Rhedebrügge.

Wir werden seiner stets ehrend gedenken.

Molkerei Rhede,
e. G. m. u. H.

1490m

Nutzholz-Verkauf.

Am Dienstag, den 24. d. Mts., vormittags 9 Uhr gelangen in den Fürstlichen Forstorten **Klosterhagen und Klosterbusch bei Gr.-Burlo** folgende Hölzer zum öffentlichen Verkauf gegen das Meistgebot

16 Eichen mit 26,81 fm bis 22 m lang und 61 cm Durchm.,
9 Buchen mit 7,10 fm.
27 Fichten mit 19,49 fm bis 25 m lang und 33 cm Durchm.,
23 Lärchen mit 15,63 fm bis 23 m lang und 32 cm Durchm.,
2 Kiefern mit 2,19 fm bis 16 m lang und 33 cm Durchm.,
2 Weymkiefern mit 3,24 fm bis 23 m lang und 34 cm Durchm.,
2 Pappeln mit 2,36 fm.

Es handelt sich durchweg um alte, gesunde und gradschaftige Stämme, vorzüglich geeignet zu Schreiner-, Bau- und Geschirrholz.

Sammelpunkt im Klosterhagen in der Nähe des Klosters Burlo. 502

Stadtlohn, den 12. Januar 1922.

Fürstlich Salm-Salm'sches Forstamt.

Militärkoffe und Militärhosen und Litewken, Militär-Schnürschuhe und Stiefel,

das Beste und Billigste im Tragen, wetterfest und wasserdicht, gebe billigst ab r270

Eigner's Althandlung

Bocholt, Königstr. 78. Telefon 532.

Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener.

Ortsgruppe Bocholt.

Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr im Vereinshause St. Paulus

Theater.

II. Aufführung.

O Heimatsonne, Heimaterde!

Ein Volksstück mit Gesang in 3 Aufzügen von Hermann Marcellus.

Richtet nicht!

Drama aus marokanischer Gefangenschaft in 2 Aufzügen von Wilhelm Smolensky.

Kassenöffnung ½8 Uhr. [343m

Kunst-Ausstellung und große Versteigerung von

Oelgemälden und Teppichen.

Am Donnerstag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr beginnend, werde ich im freiwilligen Auftrage im Saalbau der Stadt Bocholt und des St. Georgius-Schützen-Vereins, die teils aus hochherrschaftlichem Privatbesitz stammenden

ca. 60 Oelgemälde erster Meister,

darunter Exzellens Prof. E. v. Gebhardt, Prof. Spatz, Prof. Ehringer, Prof. Hunten, Prof. Hilgers, Kleinschmidt Knoop, Scheuerer, Reder Schleich, Leyssing, Kochanowsky, Gudden.

Alte Meister: P. P. Rubens, Claes Molenar, W. Dubois, Rooger van der Weyden, Aellart van Everdingen, Jan van Goyen, Pintoricchio, Caspar Netscher, Paul Bril, N. Diaz, Luc. Cranach, van Nieuweland,

außerdem

erstklassige orient. Teppiche, Verbindungsstücke und Kristalle

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Die Gegenstände können 1 Stunde vor dem Versteigerungstermin besichtigt werden, sodaß jeder Käufer Gelegenheit hat, sich von dem Zustande und der Beschaffenheit der Gegenstände zu überzeugen. — Der Verkauf findet bestimmt statt.

Johann Kölle, Auktionator.

Bocholt, den 10. Januar 1922. Telefon 109 r408

Allgemeine Ortskrankenkasse Bocholt.

Bekanntmachung.

Gemäß § 9 des Gesetzes über Versicherungspflicht, Versicherungsberechtigung und Grundlöhne in der Krankenversicherung, vom 28. Dezember 1921 (Reichsgesetzblatt 1922 Seite 5 ff.) hat der Kassenvorstand die Grundlöhne wie folgt festgesetzt:

Lohnstufe § 18 der Satzung	Täglicher Arbeitsverdienst (§ 18 der Satzung)	Grundlohn § 8 a. a. O.	Beitrag f. 2 Wochen (§ 44 der Satzung) M.	Pfg.
A	weniger als 3,34 M.	M 3,—	2	52
B	von 3,34 M. bis 10,00 „	„ 6,—	5	04
C	„ 10,01 „ „ 16,66 „	„ 12,—	10	08
D	„ 16,67 „ „ 23,33 „	„ 18,—	15	12
E	„ 23,34 „ „ 30,— „	„ 27,—	22	68
F	„ 30,01 „ „ 40,— „	„ 35,—	29	40
G	„ 40,01 „ „ 50,— „	„ 45,—	37	80
H	„ 50,01 „ und darüber	„ 60,—	50	40

Diese Aenderung tritt mit dem 1. Januar 1922 in Kraft.

Bocholt, den 12. Januar 1922. (r485

Der Vorstand.
ges. Carl Hüls, Vorsitzender.

Heirat!

Bildschöne, 22jähr. Deutsch-Schweizerin, mit 1 Million Francs, wünscht sich nach Deutschland mit Herrn auch ohne Verm. zu verheiraten.

Frau Sander, Berlin,
Alexanderstraße 36.

Suche zu Ostern ein

gutes Kost- und Logishaus

für einen Schüler von 15 bis 16 Jahren.

Offerten unter C. 505 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Alleinstehendes Mädchen sucht

Kost und Logis,

am liebsten in der Stadt oder Feldeken. t5267

Adressen abzugeben in der Geschäftsstelle d. Bl.

Geschäfts-Empfehlung.

Habe mich Langenbergstr. 43 als

Herrenschneider

niedergelassen und empfehle mich zum

Anfertigen sämtl. Herrengarderobe
nach Maß.

Hochachtungsvoll

[273m] **Hans Flx.**

Kath. Gesellen-Verein
BOCHOLT.

Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 Uhr:

II. Aufführung

JUDAH

Schauspiel in 6 Aufzügen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Bocholt

Am Donnerstag, den 19. Januar, abends 7½ Uhr findet im Lokal „Lindenhof" unsere diesjährige

General-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Beitragserhöhung.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Die Ortsverwaltung.

Die Vertrauensleute und Unterkassierer werden gebeten 1 Stunde vor Anfang zu erscheinen. r514

Bekanntmachung.

Die diesjährige ordentliche

General-Versammlung

der Molkerei Rhede

findet statt am **Donnerstag, d. 26. Januar 1922,** nachmittags punkt 3 Uhr im Hengstermann'schen Saale.

Tages-Ordnung:

1. Vorlage der Rechnung u. Bilanz für das Jahr 1921.
2. Geschäfts- und Revisionsbericht sowie Antrag auf Entlastung.
3. Neuwahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats,
4. Verschiedenes.

Die Bilanz liegt für die Mitglieder von heute ab 8 Tage lang im Geschäftszimmer der Molkerei zur Einsicht offen. r489

Der Aufsichtsrat.
Hr. Overkämping.

Der Vorstand.
H. Tebrügge. Wenning. Wulfing.

Zentralverband christlicher Textilarbeiter.
Ortsgruppe Rhede.

Am Donnerstag, d. 19. Januar, abends 8½ Uhr findet im Rissing'schen Saale unsere diesjährige

Ortsgruppen-General-Versammlung

statt. r27

Tagesordnung:

1. Kassen- und Geschäftsbericht.
2. Vorstandswahl.
3. Bericht über die Lohnverhandlung.

Zu dieser wichtigen Versammlung ladet alle Mitglieder ein. Der Ortsgr.-Vorstand.

Kalkdüngesalz 40/42%
Schwefelsaures Ammoniak 20,66%
Kalkstickstoff 18,6%

vorrätig bei

Carl Dicke & Cie., Chemische Fabrik,
Bocholt, Industriestraße. r517

---

2 guterhaltene Küchenherde, 1 Anrichte, 1 Eimerschrank, 1 Tisch, 1 großes Schaukelpferd, 1 Kinderbettstelle, verschiedene Lodenjoppen, Herren-Anzüge u. sonstige Kleidungsstücke zu verkaufen.

Althandlung Joh. Ebbert,
Nebenstraße 35.

Kaufe gebrauchte Möbel und Kleidungsstücke zu den höchsten Tagespreisen an.

Männliche Bettnässe
jeglichen Alters

werden durch meine patentamtl. gesch. und von vielen Aerzten empfohlene und empfohl. Spezial-Heilung unter Garantie gänzl. von ihrem Leiden befreit. Bin zu sprechen in **Bocholt, Neutor. Südde,** Kaiser Wilhelmstr. 5, am Donnerstag, den 19. Januar, von 11—4 Uhr nachm. 530m) Der Patentinh. Hch. Smitsmanns, Weeze.

Emser Quellsalz
zum Gurgeln bei Katarrhen

Turnverein Phönix.

Am Donnerstag, den 19. 1. 22, abends pünktlich 8½ Uhr

im Großen Kastanien:

Monatsversammlung.

Hierzu müssen sämtliche Turner unbedingt erscheinen. tc510 Der Vorstand.

Heute am Lager:

Kartoffeln

in frostfreier Ware,
rote Speisemöhren,
gelbe Steckrüben,
Weizen- u. Roggenstroh,
Torfstreu in Ballen,
Mais u. Maismehl,
Weizen-Kleie,
Leinmehl.

Fritz Blömker.

Herzenswunsch.

Tüchtiger Handwerker, katholisch, 24 J., wünscht mit einem braven, häuslich erzogenen Mädel bekannt zu werden zwecks späterer Heirat. Briefe wenn möglich mit Bild u. B. H. 255 an die Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Empfehle mich zum

Fahren
von Möbeln u. Stückgut.

Engelbert Gleiers,
Verein St. 2 a. (212

Hautflechten (Krätze) beim Schwitzen und in der Bettwärme heftiger auftretend, wird in einer halben Stunde radikal beseitigt durch die berühmte, nicht schmutzende, geruchlose, patentamtlich geschützte Dermatosan-Einreibung. Erfolg garantiert, auch wenn andere Mittel versagt haben. Viele Danksagungen. Personenzahl angeben. Versand geg. Nachnahme. Apotheke in Osnabrück (Oldb.)

Ein komplettes

Messing-Schlanzeug,

große und kleine Trommeln mit Pedal, Ständer, Stöcken und Paukenschläger zu verk. tc522 Nebenstr. 28.



2 schwere

Schweine

zu verkaufen. tc499

Näheres Geschäftsstelle.

Junger, möglichst rassereiner



Hund,

am liebsten Fox oder ähnliche kleine Rasse, zu kaufen gesucht. tc204

Div. Engels,
Werther Chaussee 78.

Aus Bocholt

Stickstoffmengen stehen. Erzeugnisse, die nicht bei frischen Stallmistdüngung (desgleichen Jauche, Latrine) angebaut werden dürfen, wie Wurzel- und Zwiebelgewächse, vertragen eine Kunstdüngung sehr wohl.

oder Pflanzung, sondern stets mehrere Wochen vorher; die im Boden entstehenden Salzlösungen würden sonst die Keimkraft des Samens gefährden oder die feinen Wurzeln der Pflanze zum Absterben bringen. Dem Gartenfreunde wie dem Land-

oder Pflanzung, sondern stets mehrere Wochen vorher; die im Boden entstehenden Salzlösungen würden sonst die Keimkraft des Samens gefährden oder die feinen Wurzeln der Pflanze zum Absterben bringen. Dem Gartenfreunde wie dem Landwirte möchte ich an dieser Stelle den Rat geben, sich an die bewährten Kalisalze halten zu wollen; sie sind durch andere, manchmal mit großer Reklame angepriesene Auch-Kalidünger nicht zu ersetzen. Der wichtigste künstliche Stickstoffdünger für Garten und Feld ist das schwefelsaure Ammoniak mit etwa 21 Prozent Stickstoffgehalt. Es äußert seine Wirkung nicht so plötzlich wie der vor dem Kriege noch vielfach angewandte Chilesalpeter, sondern langsamer, aber nachhaltiger als dieser. Die Salpetersäure des Ammoniaks führt also kein Geilwachsen der Pflanze herbei, weshalb man auch bei langlebigen Gartengewächsen (Kartoffeln, Sellerie) sofort die ganze Ammoniakgabe verabreichen kann. Der weitere Vorzug des schwefelsauren Chilesalpeter ist der, daß seine Salpetersäure vom Boden gebunden, also nicht ausgewaschen wird, weshalb es auch für leichte Böden mit Vorteil zu verwenden ist. Seine Anwendung erfolgt der Einfachheit halber am besten mit der Kalidüngung zugleich. Blattreiche Gartenerzeugnisse, wie Kohlarten, Rhabarber, sind für größere Ammoniakgaben — natürlich in Verbindung mit Kali- und Phosphorsäuredünger — besonders dankbar.

Die bekanntesten phosphorsäurehaltigen Düngemittel sind das Thomasmehl und das Superphosphot. Das Thomasmehl ist ein schwarz- und graublaues mehlförmiges Nebenprodukt der Stahlfabrikation, das neben seinem Phosphorgehalt noch etwa 50 Prozent wirksamen Kalk enthält. Aus diesem Grunde darf es nicht gleichzeitig mit dem schwefelsauren Ammoniak ausgestreut werden, weil der im Thomasmehl enthaltene Kalk den Ammoniakstickstoff zum Teil hinaustreiben würde. Aus demselben Grunde verbietet sich auch die gleichzeitige Verwendung von Stallmist und Thomasmehl. Während die Phosphorsäure des Thomasmehls im Boden nicht sofort löslich ist, wird die Phosphorsäure des Superphosphats rasch von den Pflanzen aufgenommen; deshalb streut man das Superphosphat einige Wochen vor der Bestellung, am besten wohl in guter Vermischung mit den Kalisalzen und schwefelsaurem Ammoniak aus und trägt für gute Vermengung mit dem Boden Sorge.

Zu den Kunst- oder Handelsdüngern gehören auch die Kalkdünger. Sie führen 1. dem Boden einen Nährstoff zu, 2. machen sie den Boden mürbe und locker und 3. tragen sie mit dazu bei, daß die Hauptpflanzennährstoffe: Kali, Stickstoff und Phosphorsäure leichter von den Pflanzen aufgenommen werden. Nährstoffarme oder an stauender Nässe leidende Böden dürfen nicht gekalkt werden. Alle 3—4 Jahre ist eine Kalkung notwendig. Für schwere Böden kommt der gebrannte Kalk (Aetzkalk) in Betracht, für leichtere Böden der gemahlene Kalk oder auch wohl der der Kalkasche. Für 100 Quadratmeter (1 Ar) benötigt man etwa 25 Kilo Aetzkalk oder Kalkmehl bezw. 50 Kilo Kalkasche. (Eine Kalkdüngung darf nicht gleichzeitig mit Stallmist-, Ammoniak- oder Superphosphatdüngung erfolgen.)

Als Anhaltspunkt für die auszustreuenden Mengen der übrigen angeführten Kunstdünger, dürften folgende Angaben gelten: pro Quadratmeter etwa 50 Gramm 40prozentiges Kalisalz oder die dreifache Menge Kainit, 60 Gr. Superphosphat oder 80 Gr. Thomasmehl und 60 Gr. schwefelsaures Ammoniak. Bei gleichzeitiger Anwendung von Stallmist, bei Erzeugnissen, die weniger Ansprüche an die Dungkraft des Bodens stellen (z. B. Hülsenfrüchte) können die Mengen kleiner genommen werden. Man merke ferner: Wurzel- und Zwiebel-, sowie Hülsenfrüchte verlangen in erster Linie Kali und Phosphorsäure, während die Kohlarten besonders reichlich Stickstoffmengen lieben. Erzeugnisse, die nicht bei frischer Stallmistdüngung (desgleichen Jauche, Latrine) angebaut werden dürfen, wie Wurzel- und Zwiebelgewächse, vertragen eine Kunstdüngung sehr wohl.

Der Geflügelhof im Winter.

In dieser Jahreszeit muß es vor allem heißen: Schutz vor der Kälte. Da sind zunächst die Stallungen, die gehörig nachzusehen sind. Wenn nötig, bekleide man die Innenwände und Decken mit Strohmatten. Jeder Zugwind ist sorgfältig zu vermeiden durch Verstopfen aller Ritzen und sonstiger Oeffnungen. Wenn auch so die Stallung vor dem Eindringen der Kälte geschützt werden muß, so ist doch wiederum ausreichend für Lüftung zu sorgen. Eine Fülle frischer Luft ist auch im Winter die Grundbedingung für eine gute Gesundheit. Darum auch ja nicht zu ängstlich mit dem Hinauslassen. Reine, frische Kälte schadet den Tieren bei angemessener Bewegung gar nichts, ist ihnen im Gegenteil nur zuträglich. Ein der Größe des Stammes angemessener Scharraum ist im Winter unentbehrlich. Hier finden die Tiere die so überaus nötige Bewegung. Stroh, Laub, Spreu als Einstreu und Körnerfutter hineinharken. Wenn irgend möglich, sollten die Tiere aber täglich einige Stunden ins Freie gelassen werden. Nur bei Regen und Schneetreiben lasse man sie drinnen, sorge dann aber dafür, daß sie keine Langweile haben. Der Nachtraum ist so warm wie möglich zu halten, jedoch keine künstliche Wärme. Die Temperatur sollte nie unter 4—5 Grad hinuntergehen. Ist der Raum zu groß, als die dort untergebrachten Tiere halten können, so verenge man denselben durch einen Vorhang aus Sackleinen unmittelbar vor den Sitzstangen. Auch eine tüchtige Einstreu hilft zur Erwärmung mit. Jungtiere und auch ältere Hennen, welche die Mauser frühzeitig überstanden haben, beginnen mit dem Legen und setzen auch bei geeigneter Pflege. Warme Stallungen, warmes Weichfutter und angewärmtes Trinkwasser ist ebenfalls zu empfehlen. Fettreiches Futter unterstützt die Erwärmung; darum darf auch Mais ohne Bedenken verabreicht werden.

Gebt den Hühnern Futterknochenmehl. Wenn Hennen keinen freien Auslauf haben, und deshalb keine Gelegenheit haben, sich ihren Bedarf an Mineralstoffen anzueignen, so gewöhnen sie sich häufig die Untugenden des Eierauffressens und Federausreißens an. Dies ist auf Phosphor- und Kalkmangel zurückzuführen. Diesen Uebelständen soll durch Beifütterung von phosphorsaurem Kalk sicher vorgebeugt werden. Auf 12 bis 14 Tiere gibt man täglich einen mittleren Eßlöffel voll, etwa 30 bis 35 Gramm. Auch für junge Hühner und Tauben wird eine entsprechende Beifütterung des genannten Stoffes sehr empfohlen.

Praktische Winke.

Ein neues Mineral.

Nach einer Erklärung des Professors Schoet in einer Sitzung der Pariser Akademie der Wissenschaften ist im belgischen Kongo bei Basolo ein neues Mineral gefunden worden, das dieselben hitzeausstrahlenden Eigenschaften hat, wie das Radium. Dieses „Afolit" genannte Mineral hat das Aussehen eines gelblichen Kristalls, das sich aber verändert, wenn Hitze abgegeben wird und das Mineral an Substanz verliert.

Tintenflecke verschwinden aus bunten Woll- und Baumwollstoffen durch Einreiben mit Glyzerin und Nachwaschen in warmem Wasser mit etwas Seife. Tintenflecke in weißen Stoffen behandelt man mit Zitronensäure, indem man denselben einige Zeit darin weichen läßt und eventuell das Verfahren wiederholt. Der zurückbleibende gelbe Fleck wird in gleicher Weise mit Kleesalz präpariert.

Feld, Garten und Haus.

Der praktische Landwirt.

Beilage zum „Bocholter Volksblatt."

Bocholt, den 18. Januar 1942.

Mitarbeiten!

Lange, zu lange hat es gedauert, bis der landwirtschaftliche Berufsstand sich hinreichend organisiert hat. Das Jahr 1918 hat uns endlich die Organisation auf breitester Grundlage gebracht. Nun haben wir Ortsvereine, Kreisvereine, landwirtschaftliche Hauptvereine, Bauernvereine, Landwirtschaftskammern. — Nun heißt es, die Einrichtungen befestigen, und weiterausbauen, ihnen Geist und Leben geben und erhalten. Das ist keine leichte Arbeit .

„Aller Anfang ist schwer," sagt ein altes Sprichwort. Schwer war der Anfang auch für die Bauernorganisationen. Indes, wer vom Vereinsleben etwas kennt, der weiß auch, daß es leichter ist, Vereine zu gründen und sie zu einer vorläufigen Blüte zu bringen, als sie dauernd auf der Höhe zu erhalten. Der Anfang ist schwer und die Fortsetzung ist noch schwerer. Dessen muß sich bewußt sein und bewußt bleiben nicht nur der Vorstand sondern auch jedes einzelne Mitglied. Fort und fort muß in der Presse und in der Vereinsversammlung und von Mund zu Mund an jeden Landwirt die Aufforderung ergehen: **Du mußt mitarbeiten, opferfreudig und uneigennützig.** Wie soll ich das verstehen? Du mußt die Versammlungen besuchen; wenn der Vorstand ruft, mußt du kommen, wenn es dir vernünftiger Weise nicht möglich ist. Du mußt kommen, auch wenn es nur trockene Erörterungen und unerquickliche Besprechungen gibt. Und das ist in Vereinen mit vorwiegend wirtschaftlichen Zielen ziemlich oft der Fall. Der Landwirt muß soviel nüchternen Verstand haben, daß er seine Berufsorganisation zu hoch einschätzt, als daß er von ihr Klimmbimm verlangt. Willst du ein gutes Vereinsmitglied sein, dann mußt du die Versammlungen mit Interesse verfolgen und das Gehörte bei dir selbst zur Anwendung bringen. Du mußt bereit sein, einen Vorstandsposten zu übernehmen, auch als gewöhnliches Mitglied bereit sein, einen Gang für den Verein zu machen oder sonst ein Opfer zu bringen. Mach es dir zum Grundsatz, dir in Sachen der Standesorganisation oft die Frage vorzulegen: **„Wenn es alle Mitglieder so machten wie ich, wäre es dann gut?"** Schimpfe nicht über den notwendigen Vereinsbeitrag! Sei nicht so kleinlich, daß du peinlich genau feststellen willst, ob da ein anderer, der nicht mehr bezahlt als du, einen größeren Vorteil hat als du. Standesorganisationen erfordern etwas Solidarismus d. h. das Gefühl der Zusammengehörigkeit verbunden mit der Opferbereitschaft für die Mitmenschen, besonders für Genossen des eigenen Standes.

Ueberaus wichtig für die Landwirtschaft, sowohl für die wirtschaftliche Ertüchtigung als für die Interessenvertretung im öffentlichen Leben, ist die Presse, das Organ des Bauernvereins, die Tageszeitung, die landwirtschaftliche Beilage usw. Auch in dieser Beziehung ergeht an alle Landwirte zu Beginn des Jahres der Ruf: **Mitarbeiten!"** Es denkt vielleicht der eine oder der andere: Dafür haben wir doch die Pressekommission, laß die doch sorgen, daß das Nötige zu Papier kommt. Gewiß, die Mitglieder der Pressekommission gehen solche Sache in erster Linie an, sie dürfen sich nicht damit begnügen, daß ihr Name an der betreffenden Stelle eingetragen ist, sie sollen, ein jeder in seiner Weise, wirkliche Mitarbeiter sein. Aber auch alle anderen Land sollen sich der Wichtigkeit der Presse bewußt sein, mit Interesse lesen und auch sich gelegentlich bemühen, etwas zu schreiben oder wenigstens Anregung zu geben, und Stoff beizubringen. Wer es nicht wagt, einen Artikel für die Beilage oder eine Notiz für die Zeitung anzufertigen — wir brauchen noch viel mehr Landwirte, die solches versuchen — der soll in der Vereinsversammlung oder in persönlicher Aussprache bei einem Pressevertreter auf die Punkte aufmerksam machen, die er behandelt haben möchte, oder er notiert einige Punkte auf irgend ein Blatt mit Bleistift oder Tinte, wenn es nur leserlich ist, und schickt das Blatt mit seiner Namensunterschrift an ein Mitglied der Pressekommission mit der Bitte: Wollen Sie nicht gelegentlich über folgende Dinge etwas schreiben ..... Es muß dahin kommen, daß jeder Landwirt sich lebendig verbunden fühlt mit der landwirtschaftlichen Presse. Jeder Standesgenosse muß denken: Der Westfälische Bauer", das ist unser Organ, die „Landwirtschaftliche Beilage" zum Bocholter Volksblatt das ist unser Blättchen, und was da sonst in den Zeitungen über die Landwirte und landwirtschaftlichen Dinge geschrieben wird, das ist unsere Sache, kurz gesagt: Jeder Landwirt soll die Pressevertreter als seine eigenen Beauftragten ansehen und ihnen jede mögliche Anregung und Mitarbeit zu Teil werden lassen.

„Einigkeit macht stark". Wo alle Mitglieder der landwirtschaftlichen Vereine treu mitarbeiten und ihre Vorstände und Pressevertreter nach Möglichkeit unterstützen, wo die Inhaber der großen und kleinen Betriebe neidlos neben einander sitzen, in ehrlicher, offener Aussprache ihre Gegensätze in den Interessen ausgleichen und dann wieder in geschlossener Front sich gegenseitig stützen und fördern, da gedeihen die Organisationen der Bauern, da tragen sie dem Bauernstande Ehre ein, da bringen sie ihren Mitgliedern und dem ganzen Volk Nutzen.

An.

Umsatz-Steuer der Genossenschafts-Molkereien.

Bekanntlich müssen bis Ende dieses Monats die Umsatzsteuererklärungen eingereicht sein, die auch für die Landwirtschaft immer von größerer Bedeutung werden, weil die Roheinnahmen derselben stetig steigen.

Es ist nun in der Tagespresse in letzter Zeit ein lebhafter Streit darüber entbrannt, daß die Genossenschaften bei der Umsatzsteuer bevorzugt würden.

Für die Landwirte kommen in erster Linie die Molkereigenossenschaften in Frage, indem verlangt wird, daß sowohl der Milcherzeuger, welcher die Milch nur zur Verarbeitung in seiner Genossenschaftsmolkerei liefert, als auch die Genossenschaft, der

der doch zum ersten Male die Ware umgesetzt wird, zur Umsatzsteuer herangezogen wird, mithin trotz einmaligen Umsatzes zweimal Umsatzsteuer. Das wäre meines Erachtens grundfalsch, hätte z. B. ein Landwirt die Molkerei für sich allein auf dem Hofe, brauchte er nur einmal Umsatzsteuer zu zahlen, das muß aber bei der Genossenschaft, besonders bei der mit unbeschränkter Haftpflicht, genau so sein, denn es heißt in den Statuten: Zweck der Genossenschaft ist die Verarbeitung der von den Genossen angelieferten Milch und Verkauf der daraus gewonnenen Erzeugnisse für gemeinschaftliche Rechnung. Der Umsatz ist hierbei genau so nur einmal, als wenn der Landwirt selbst butiert oder die Milch selbst an die Verbraucher liefert, deshalb darf die Umsatzsteuer auch nur von der Genossenschaftsmolkerei eingefordert werden. In Verkennung der Verhältnisse haben bisher viele Landwirte, wohl die meisten, für ihre Milcheinnahme neben der Molkerei die Umsatzsteuer bezahlt, also diese zweimal statt nur einmal entrichtet.

So lange keine endgültige Regierungserklärung vorliegt, oder eine Entscheidung des höchsten Gerichtshofes, möchte ich empfehlen, daß der als Genosse an seine Genossenschaftsmolkerei liefernde Landwirt sein Einkommen aus der zur Verarbeitung hingegebenen Milch zur Umsatzsteuer nicht anmeldet; als aufklärende oder erläuternde Bemerkung könnte er seiner Umsatzsteuerdeklaration etwa Folgendes anfügen: „Meine Milch lasse ich in unserer Genossenschaftsmolkerei verarbeiten und wird von dieser bei dem ersten Umsatze die Steuer entrichtet."

Derjenige, welcher als Nichtgenosse seine Milch zur Genossenschaftsmolkerei liefert, oder welcher seine Milch an eine Privatmolkerei verkauft, muß natürlich Umsatzsteuer zahlen.

Umsatzsteuerbefreiung der Sammelbezüge.

In einer zwischen den Finanzämtern und den landwirtschaftlichen Verbänden und Genossenschaften sehr umstrittenen Frage der Umsatzsteuerpflicht von Waggonladungen ist durch Urteil des Bezirksausschusses in Köln vom 30. 9. 21 (B. A. 1. 527. 1) die Auffassung der Landwirtschaft bestätigt worden, daß die Umsatzsteuerpflicht dann nicht vorliegt, wenn es sich um sogenannten Sammelbezug handelt, bei dem der unmittelbare Besitz nicht übertragen wird und die Ware auch nicht auf Lager genommen wird. Es handelte sich um die Umsatzsteuer für die Versorgung von Mitgliedern eines Vereins mit künstlichen Düngemitteln. Eine Freistellung erfolgte aus folgenden Gründen:

Bei der Sammelbestellung in eigenem Namen für die Genossen und bei Verteilung an der Bahn unter Beaufsichtigung durch einen Vertreter des Bestellers ist der Fall des „reinen" Zwischenhändlers gegeben, denn in keinem Augenblick hat der Besteller mittelbaren oder unmittelbaren Besitz an den auf seinen Namen gehandelten Düngemitteln erworben. Wenn ein Rechnungsführer des Vereins am Bahnhof die Abfuhr nicht beaufsichtigt, ist nicht einmal die Erlangung der tatsächlichen Gewalt nach § 854 BGB. gegeben. Die Haftung des Vereins bezw. seines Beauftragten gegenüber dem Frachtgut ist eine passive. Er vermeidet vorsätzlich einen Besitzergreifungsakt. Der Besteller war demgemäß von der Umsatzsteuer freizustellen.

Die Schraube ohne Ende.

Wir lesen Anfang Dezember in den Zeitungen folgende Notizen:

I.

Erhöhung der Rohstoff-Preise. Vom Stickstoffsyndikat G. m. b. H. wird mitgeteilt: Am 1. Dezember setzt eine Steigerung der jetzigen Kohlenpreise für die maßgebende Fettförderkohle um rund 60 Prozent ein, begleitet von einer gleichzeitigen Frachterhöhung um rund 50 Prozent der erst kürzlich erhöhten Fracht. Die Lohntarife sind zum 1. Dezember gekündigt, es muß mit einer sehr erheblichen neuerlichen Lohn- und Gehaltssteigerung gerechnet werden. Da die Stickstoffindustrie in ihren Gestehungskosten wesentlich beeinflußt wird von Kohle, Löhnen und Frachten, so ist nach eingehender Prüfung der einschlägigen Verhältnisse von der Regierung im Einvernehmen mit dem Düngestickstoffausschuß der Preis für Stickstoffdünger erhöht worden. Die Stickstoffdüngerpreise werden demnach mit Wirkung vom 5. Dezember ab folgende Erhöhungen je Kilogramm Stickstoff erfahren:

schwefelsaures Ammoniak, gewöhnliche Ware	von 17,40 Mk.	auf 25,25 Mk.
schwefelsaures Ammoniak, ged. u. gem. Ware	von 18,— Mk.	auf 26,40 Mk.
Natronsalpeter	von 24,— Mk.	auf 31,20 Mk.
Kalkstickstoff	von 15,50 Mk.	auf 23,— Mk.

II.

Neue Kalipreiserhöhungen beantragt. Wie die Frkf. Zeitung meldet, hat das Kalisyndikat beim Reichskalirat einen neuen Preiserhöhungsantrag eingebracht, der zwischen 60 und 100 Mk. pro Doppelzentner beträgt. Durch diese Erhöhungen wird die landwirtschaftliche Erzeugung wieder in ganz außerordentlicher Weise verteuert. Bezüglich des Stickstoffes war es ja schon in den letzten Wochen ganz auffällig, daß Stickstoff kaum noch zu haben war. Offenbar wollte man erst die neuen Preiserhöhungen abwarten. Vom 5. Dezember ab ist also für den Zentner schwefelsaures Ammoniak mit 20,5 Prozent Stickstoff statt bisher 178,35 Mk. 264,40 Mk. zu zahlen. Für 27prozentiges Ammoniak-Sulfat-Salpeter war bisher 243,90 Mark zu zahlen, vom 5. Dezember ab wird der Preis 348,30 Mark sein.

Bei solcher Erhöhung der Düngemittelpreise — beim Kali kommt rund eine Verdoppelung der bisherigen Preise heraus — ist leider zu befürchten, daß die Verwendung des künstlichen Düngers erheblich eingeschränkt wird. Namentlich die mittleren und kleineren Landwirte, welche nicht den Genossenschaften angehören, werden es sich jetzt sehr überlegen, ehe sie Dünger beziehen. Dadurch aber entsteht die große Gefahr, daß die wahrscheinlich die landwirtschaftliche Erzeugung im nächsten Jahr bedenklich zurückgeht. Eine verminderte Ernte aber wird erhöhte Preise für die Lebensmittel herbeiführen. Erhöhte Preise für Lebensmittel aber haben erhöhte Löhne zur Folge, erhöhte Löhne verursachen dann wieder Preiserhöhungen für Kohle, Frachten und am letzten Ende demnach wieder Preiserhöhungen für Düngemittel!

Das ist die Schraube ohne Ende, die unweigerlich zum Zusammenbruch führt, wenn nicht endlich alles aufgewendet wird, um die Erzeugungskosten zu verbilligen und die Produktion zu steigern. Nur auf diese Weise können wir wieder zu vernünftigen Lebensverhältnissen, nicht dadurch, daß alles fortgesetzt im Preise steigt, kommen!

Die Hilfsaktion der Landwirtschaft.

Das unter dieser Bezeichnung angeregte Problem, eine gründliche Besserung unserer Wirtschaftslage durch intensivste Steigerung der heimischen, landwirtschaftlichen Erzeugnisse in die Wege zu leiten, beschäftigt die deutsche öffentliche Meinung in steigendem Maße. Verschiedentlich ist dieser Plan mit der Kreditaktion der Industrie in Verbindung gebracht oder wenigstens mit ihr verglichen worden. Die Deutsche Tageszeitung kommt dabei zu dem Schluß, daß das Hilfswerk über die Kreditaktion und die ganze Reparationsfrage hinauswachse. Andere Blätter äußern sich ähnlich. So bringt u. a. Der Deutsche, das Blatt Stegerwalds, (Nr. 231-21) folgende Gegenüberstellung:

Ergebnis der Kreditaktion: einmalige, verhältnismäßig geringe Beträge durch Schuldenmachen von Wirtschaft und Reich.

Ergebnis des Hilfswerkes: dauernde, jährlich wiederkehrende, der Erde neu abgewonnene Werte, und damit ebenso hohe Ersparnisse der deutschen Wirtschaft und des Reiches. Also wirkliche Vermehrung des Volkseinkommens.

Hierüber hinaus wird das deutsche Volk, um klar zu sehen, vor allem den Wunsch haben, auch die Mittel und Wege kennen zu lernen, die zur Verwirklichung des großen landwirtschaftlichen Projektes führen sollen, und die Voraussetzungen, an die fachmännische Kreise sein Gelingen geknüpft wissen wolle. Ein Aufruf des Reichslandbundes gib hierüber die wünschenswerte Klarheit. Wir geben ihn in seinem wesentlichsten Teile im Wortlaut wieder:

Die zum Wiederaufbau notwendige Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung erfordert eine gewisse Neueinstellung der Landwirtschaft. Jeder Landwirt, auch der kleinste, muß sich die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik mehr als bisher zunutze machen und sich von den hier und da noch geübten veralteten Bewirtschaftungsmethoden freimachen. Allgemein gültige Vorschläge zu machen, ist hier nicht möglich; nach Bodenbeschaffenheit, Höhenlage, Klima und Größe des Besitzes sind die einzelnen Betriebe verschieden und müssen verschieden behandelt werden. Pflicht jedes einzelnen ist daher die gewissenhafte Prüfung, ob in seinem Betrieb alle Bedingungen zur Höchstleistung durch Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen, künstlichen Düngers, durch Umwandlung von Oedland in Ackerland, durch Be- und Entwässerung des Bodens und seine Ausnutzung durch richtige Fruchtfolge erfüllt sind. Jeder Landwirt muß sich klarmachen, daß jeder, der für eine intensive Bewirtschaftung seines Landes nicht alle Kräfte anspannt, und das Vaterland in der entscheidenden Stunde im Stich läßt, sich selbst schädigt. Nicht der größte Verdienst, sondern die höchste Leistung muß das Ziel des deutschen Landwirts sein. Die Länder müssen schleunigst eine großzügige Kultivierung der Moor- und Oedflächen tatkräftig beginnen, um neues Ackerland für unsere Ernährung in Gemeinschaft mit den landwirtschaftlichen Organisationen zu schaffen, die durch Gemeinbürgschaft die Mittel dafür sicherzustellen haben.

Eine Intensivierung der Wirtschaft setzt die nötigen Arbeitskräfte voraus. Um bodenständige Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zu gewinnen und zu erhalten, muß dafür gesorgt werden, daß der Arbeiter sich im Betriebe wohlfühlt. Durch öffentliche Förderung des ländlichen Wohnungsbaues — nicht wie bisher fast ausschließlich des städtischen — und durch eine verständige Siedlungstätigkeit muß dem Landarbeiter der Weg zum landwirtschaftlichen Aufstieg geebnet werden. Schaffung selbständiger Bauernnahrungen und, wo es geboten ist, Emporhebung ländlicher Zwergwirtschaften zur bäuerlichen Selbständigkeit müssen darüber hinaus das Ziel einer vernünftigen Siedlungspolitik sein, ohne daß dabei der große Gedanke der Produktionssteigerung beeinträchtigt wird. Nicht nur auf Moor- und Oedland, sondern auch da, wo die erst noch herbeizuführende und dann zu erhaltende gesunde Mischung der einzelnen Betriebsarten es verlangt, also auch auf Kulturland wird sich Raum finden für ausgewählte, wirtschaftlich vorwärtsstrebende Siedlerfamilien.

Die wissenschaftlichen landwirtschaftlichen Institute und die auf gesetzlicher Grundlage fußenden und dazu berufenen Organisationen der Landwirtschaft müssen in der Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten, der Vertilgung des Unkrauts sowie der Prüfung von Saatgut und künstlichem Dünger der Praxis zur Seite stehen, den Landwirt durch sachliche Beratung unterstützen und das landwirtschaftliche Schulwesen auf dem Lande fördern. Aufgabe der Industrie wird es sein, landwirtschaftliche Maschinen in zweckmäßigster Art und künstliche Düngemittel in ausreichender Menge herzustellen.

Gelingt es der deutschen Landwirtschaft mit der Hilfe der Wissenschaft, Technik und Industrie ihre Erzeugnisse in entsprechender Weise zu vermehren, und damit eine größere Menge von Arbeitskräften aufzunehmen, so wird auch für Handwerk und Industrie ein aufnahmefähiger und gesicherter Inlandsmarkt zur Verfügung stehen. Hierbei haben in erster Linie die landwirtschaftlichen Organisationen mitzuwirken, nicht nur wirtschaftspolitisch nach außen, sondern sie müssen auch auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Technik anregend und fördernd sich betätigen. Dazu bedarf es eines straff organisierten Zusammenschlusses aller Landwirte.

Mögen auch viele Hindernisse dem großzügigen Werk der Landwirtschaft entgegenstehen, so muß doch jeder Landwirt sie dadurch überwinden helfen, daß er sein ganzes Können in den Dienst der Sache stellt.

Der Kunstdünger u. seine sachgemäße Anwendung im Gartenbau.

Den hohen wirtschaftlichen Wert eines Gartens, und sei er auch nur ein paar Hundert Quadratmeter groß, weiß heute jeder nach Gebühr zu schätzen. Die kleinste Fläche rationell zu bewirtschaften, muß des Gartenfreundes höchstes Bestreben sein. Der Erreichung dieses Zieles dient u. a. die sachgemäße Anwendung des Kunstdüngers. Es muß in den Kreisen der Gartenfreunde endlich mit der Meinung aufgeräumt werden, als beschränke sich die Verwendung des Kunstdüngers auf den landwirtschaftlichen Betrieb.

Der Kunstdünger soll und kann den Stalldung nicht verdrängen, sondern ihn in seiner Wirkung unterstützen und ihn ab und zu auch ersetzen. Den Kunstdüngern wohnt nämlich im allgemeinen nicht die Fähigkeit inne, den Boden humus zu machen, wie das z. B. der Stallmist, der Kompost, tut, sondern sie besitzen zumeist nur eine düngende Eigenschaft. Aus dieser Tatsache erhellt ohne weiteres, daß ohne Stalldung auf die Dauer nicht zu wirtschaften ist. Weil er aber die zur Erzielung von Höchsterträgen benötigten Hauptnährstoffe: Kali, Stickstoff und Phosphorsäure nicht in genügender Menge enthält, weil ferner namentlich der Gartenfreund in der Stadt selten über die erforderlichen Mengen Stalldung verfügt, ist die Verwendung von Kunstdünger auch im Gartenbau eine gebieterische Notwendigkeit. Nach dem Hauptnährstoff- und Phosphorsäuredünger besitzen, zerfallen sie in Kali-, Stickstoff- und Phosphorsäuredünger. Die wichtigsten Kalidünger sind die Kalisalze. Für den Garten kommt in erster Linie das 40prozentige Kalidüngesalz in Betracht; es hat, wie sein Name schon andeutet, 40 Prozent Kali. Wo es nicht erhältlich ist, verwende man an seiner Stelle den Kainit mit ungefähr 13 Prozent Kaligehalt. Um dem Boden dieselbe Menge Kali zuzuführen, muß man etwa dreimal soviel Kainit als Kalidüngesalz ausstreuen. Der Kainit besitzt auch Nebensalze, sog. Chlorsalze, welche die Eigenschaft haben, den Boden bindiger und gegen Trockenheit widerstandsfähiger zu machen, was für leichte Böden nur erwünscht sein kann. Schwerere Böden können durch Kainitmengen leicht verkrusten, deshalb ist hier etwas Vorsicht geboten. Verwendet man den Kainit zu Kartoffeln, so muß er schon einige Monate vor der Bestellung, am besten im Winter, ausgestreut werden, weil die Chlorsalze sonst den Geschmack der Kartoffeln beeinträchtigen würden. Zu Kartoffeln sollte man lieber das 40prozentige Kalisalz nehmen. Im übrigen beherzige man die Regel: Gib Kalisalze nie direkt zur Saat

bedürfen, den Versuch unternehmen wollten, unseren Wünschen Geltung zu verschaffen.

3. Einen weiteren Vorwurf macht man in dieser Richtung dem Zentrum, indem man sagt, daß es den föderativen Charakter des Reiches nicht festgehalten, sondern in unzulässiger Weise den Einheitsstaat gefordert habe. Gegen diesen Vorwurf hat bereits Geheimrat Trimborn auf dem ersten Reichsparteitag des Zentrums die Partei verteidigt.

In unseren neuen Richtlinien haben wir in Auswirkung der hier dargelegten Gedanken ausdrücklich

die Reichseinheit als unverletzlich

für die Zentrumspartei feierlichst erklärt und daran den Satz geknüpft: „Mit ihr steht und fällt die staatliche Lebenskraft des deutschen Volkes". Eine weitere Begründung dieses Satzes darf ich mir wohl mit Fug und Recht ersparen. Dann aber fahren unsere Richtlinien fort: „Im Rahmen der Reichseinheit ist das Eigenleben der Länder zu schützen und zu pflegen. Eine starke Zentralgewalt sichert den Stämmen und Ländern Bestand und Lebensentfaltung. Der zentralistische Staatsaufbau entspricht nicht dem deutschen Volkscharakter." Damit ist der zentralistische Einheitsstaat mit aller wünschenswerter Schärfe und Klarheit abgelehnt.

4. Wenn wir so uns zur neuen deutschen Reichsverfassung mit aller Bestimmtheit bekennen und dieses Gefühl der Gebundenheit an die neue Verfassung als eines der ersten Erfordernisse betrachten für denjenigen, der sich als Mitglied der Zentrumspartei betrachten will, dann gehen wir in der Anwendung dieses Grundsatzes noch weiter und tiefer.

Zurzeit scheint es mir eine weit über das frühere Maß hinausgehende Verpflichtung der Zentrumsangehörigen zu sein, nicht nur formell dem Staate die Treue zu halten, sondern auch von ganzem Herzen bereit zu sein, alles, was geschehen kann, zu tun, um unser Staatswesen zu fördern und zu heben. Sollte hierbei uns unser Reichskanzler Dr. Wirth nicht ein weithin leuchtendes Vorbild sein? Wie oft hat er mit Hinansetzung aller persönlichen Rücksichten kühn die Fahne des Führers der deutschen Politik ergriffen, wenn andere zaghaft und zweifelhaft, oft aus kleinlichen Parteirücksichten zur Seite treten und Opfer zu bringen sich scheuten!

Diesem Vorbilde sollten alle folgen, die guten Willens sind!

Ich glaube, meine Ausführungen nicht besser schließen zu können, als mit den herrlichen Worten, die Freiherr v. Herling bei der Jubiläumsfeier der Zentrumspartei am 21. März 1911 hier im Reichstage sprach: „Worin nun bestand und besteht die innere Kraft der Zentrumsfraktionen? Ein alter Spruch besagt, daß die Dinge durch diejenigen Faktoren erhalten werden, die sie entstehen ließen. Ideale Beweggründe sind es gewesen, welche die Zentrumspartei zusammenführten, ideale Beweggründe allein verbürgen ihre Dauer und verbürgen ihren Bestand. Die Zukunft wird neue Aufgaben bringen, wechselnde Probleme mit wechselnden Lösungen. Unverrückbar bleiben nur die großen Leitsterne, von denen die alte Devise des Zentrums redet; denn ewig ist die Wahrheit, unbeugsam ist das Recht und unbesieglich die auf sittlichem Grunde ruhende Freiheit. Solange die Partei diesen Leitsternen folgt, wird sie bestehen und so mögen Sie denn, meine Herren, mit froher Zuversicht in die Zukunft blicken, über alle Schwierigkeiten und Kämpfe der Gegenwart hinaus."

Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen aufgenommen.

* * *

Deutsches Reich.

Rathenau vor dem Obersten Rat.

TU. **Berlin**, 17. Jan. Amtlich wird jetzt der Text der Rede Rathenaus, die er auf der Konferenz des Obersten Rates am 12. Januar in Cannes gehalten hat, mitgeteilt. Dr. Rathenau betonte zunächst, daß die deutsche Delegation gewillt sei, alle gewünschten Auskünfte rückhaltslos der Wahrheit getreu wiederzugeben und daß sie darüber hinaus bereit sei, in dem von ihr geforderten Maße an der Konferenz mitzuarbeiten. Zur Deckung der Zahlungsbilanz, so heißt es weiter, bestehen für Deutschland nur drei Möglichkeiten: Der Verkauf der Substanz des Landes, Verkauf größerer auswärtiger Anleihen und der Verkauf der Landeswährung. Den Ausverkauf der Substanz habe Deutschland leider nicht verhindern können. Die Durchführung einer auswärtigen Anleihe habe man versucht, aber vergeblich, da nach Ansicht der City die Deutschland auferlegten Lasten zu schwer seien. Sowie die Währung Deutschlands auf den internationalen Märkten aus dem Gleichgewicht gekommen sei, das Budget in Ordnung zu bringen. Jeder neue Marksturz würde das Budget gefährden. Es bliebe das Mittel, die landwirtschaftliche Erzeugung zu heben. Das aber erfordere eine gewisse Zeit. Es seien Maßnahmen getroffen worden, um die Reichsbetriebe, Eisenbahn, Post, Telegraph zu balanzieren. Ferner werde man die bisher zur Verbilligung der Lebensmittel und aus sozialen Gründen gegebenen Zuwendungen allmählich abbauen. Wolle man das Gleichgewicht künstlich herstellen, so gebe es nur zwei Mittel, nämlich Verdoppelung oder Verdreifachung der Steuern oder der Reichsanleihen. Da Deutschland schwerer als alle Nachbarn belastet sei, wäre es unmöglich, die Steuern nochmals zu verdoppeln. Ebenso sei es unmöglich, eine größere Anleihe zu machen, da die Londoner City sich bereits geweigert habe, eine solche Anleihe zu finanzieren. Auch eine innere Anleihe sei gegenwärtig kaum möglich. Augenblicklich sei die Lage so, daß Deutschland sich allmählich aufzehre, da es von seiner eigenen Substanz lebe. Dr. Rathenau versicherte, Deutschland sei trotzalledem bereit, in jedem Fall auf dem Wege der Stabilisierung das Budget zu ergänzen, das ihm vorgeschlagen sei. Die Erhöhung der Zölle auf Goldwaren solle erfolgen. Die Frage der Verkehrstarife werde 1922 geregelt werden. Die Frage der Kapitalflucht könne nur unter Mitwirkung aller ausländischen Banken geregelt werden. Was die Garantiefrage anbelange, so müsse man der Reichsbank eine größere Autonomie geben. Dr. Rathenau schloß seine Rede mit dem Hinweis auf die Bereitwilligkeit Deutschlands, am Wiederaufbau mitzuarbeiten und den ihm zugedachten Teil zu übernehmen. Es könne umso mehr sich daran beteiligen, da es mit den technischen und wirtschaftlichen Gepflogenheiten des Ostens vertraut sei. Ein internationales Privatsyndikat müsse zunächst die Wiederherstellung des Verkehrs und der Währungsmittel in die Hand nehmen. Dann könne man an die Quellen der Produktion vordringen und die bestehenden Unternehmungen wieder neu beleben.

Die Einladung Deutschlands nach Genua.

TU. **Berlin**, 17. Jan. Der italienische Botschafter überreichte heute abend dem Reichskanzler die Einladung an die deutsche Reichsregierung zu der am 8. 3. 1922 stattfindenden Wirtschaftskonferenz in Genua. Das Einladungsschreiben hat folgenden Wortlaut:

Herr Reichskanzler!

Gemäß einer Entschließung des Obersten Rates der alliierten Mächte beehre ich mich, Ihnen die Abschrift einer Entschließung zu übermitteln, die am 6. 1. 22. durch die alliierten Regierungen auf der Konferenz von Cannes angenommen wurde. Im Einklang mit dieser Entschließung und auf die Weisung meiner Regierung beehre ich mich, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Wirtschafts- und Finanzkonferenz einzuladen, die in Genua am 8. 3. 22 eröffnet werden wird. Ich bitte Sie, mir die Namen Ihrer Delegierten und deren Begleiter mitzuteilen.

Genehmigen Sie, Herr Reichskanzler, etc. etc.

Dem Einladungsschreiben ist der Text der bereits veröffentlichten Entschließung beigefügt, die durch die Konferenz von Cannes am 6. 1. angenommen wurde. Unter den in der Entschließung zur Teilnahme aufgenommenen Mächten werden außer Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und Rußland genannt.

Die heutige Kabinettssitzung.

TU. **Berlin**, 17. Jan. Wie verlautet, wird sich die Reichsregierung in der heutigen Kabinettssitzung mit der Einladung nach Genua beschäftigen. Wie wir bereits meldeten, dürfte voraussichtlich eine schriftliche Antwort der Reichsregierung auf die Einladung erfolgen. Ueber die Personalfrage steht noch nicht fest, wer als Vertreter Deutschlands an der Genueser Konferenz teilnehmen wird.

Gegen die Kriegsverbrecher.

:: **Paris**, 15. Jan. Die von der Kommission in Sachen der Kriegsbeschuldigten gefaßten Entschließungen, die dem Obersten Rat unterbreitet werden, lauten:

1. Das Reichsgericht in Leipzig hat bis jetzt sein Urteil in neun ihm vorgelegten Fällen über die Kriegsverbrecher gesprochen, davon drei auf Veranlassung der französischen Regierung, eins auf Veranlassung der belgischen Regierung und vier auf Veranlassung der britischen Regierung und eins, das auf die Initiative der deutschen Behörden zurückzuführen ist. Die italienische Regierung hat vor einigen Monaten dem Reichsgericht ihre Akten über verschiedene andere Fälle übermittelt. Es kam bisher keiner dieser Fälle zur Verhandlung. Was das Verfahren vor dem Reichsgericht in Leipzig anbetrifft, so geht die übereinstimmende Ansicht der Kommission dahin, daß das Gericht mit ganz geringen Ausnahmen insofern keinerlei Genugtuung gegeben habe, als es nicht genügende Bemühungen zur Aufdeckung der Wahrheit unternommen habe. (Dieses Material zu beschaffen, war bekanntlich Sache der Entente.) Was die Urteile des Reichsgerichts selbst angeht, so geht die einstimmige Ansicht der Kommission dahin, daß in fast allen Fällen das Reichsgericht keine Genugtuung gab insofern, als einzelne Angeklagte freigesprochen wurden, während sie hätten verurteilt werden müssen und daß selbst in den Fällen, in denen die Angeklagten für schuldig befunden wurden, die ausgesprochene Strafe nicht genügend war.

2. Die einstimmige Ansicht der Kommission geht dahin, daß man zu keinem zweckmäßigen Resultat gelangen kann, wenn weitere Fälle dem Reichsgericht in Leipzig unterbreitet werden. Infolgedessen ist die Kommission einstimmig der Ansicht, daß von nun an der Text des Artikels 228 des Vertrages von Versailles in Uebereinstimmung mit der alliierten Note vom 7. Mai 1920 letzter Absatz in Kraft gesetzt und daß die deutsche Regierung aufgefordert werden muß, die Angeklagten den alliierten Mächten zu ihrer Aburteilung auszuliefern.

Turnen, Sport und Spiel.

:: **Deutsche Jugendkraft.** Die im vergangenen Jahre ins Leben gerufene Vereinigung der Ballspieler „St. Georg" in der Sportabteilung des Ges. Ver. hat sich wieder gelöst. Die Ballspieler „St. Georg" spielen mit drei Mannschaften unter dem Namen F. C. Chamavia Bocholt weiter. Am vergangenen Sonntag siegte die 1. Jgdm. von Chamavia im Meisterschaftsrückspiel mit 4:0 Toren über die 1. Jgdm. „St. Paulus". Halbzeit 0:0. Nachdem die kleinen Chamaven zwei „Elfer" verschossen, konnten sie nur 4 Tore für sich buchen, von denen eins aus einem „Elfmeter" resultiert. Die kleinen „Schwarzweißen" zeigten ein hübsches Zusammenspiel, trotz der 3 Mann Ersatz. Beim Gegner war die Läuferreihe zu schwach. Sturm ganz gute Momente zeigte. Die Verteidigung muß sich das Handballspiel abgewöhnen, sonst kann sie gefallen. Besonderes Lob verdient der kleine Tormann, der die schwierigsten Sachen mit Eleganz macht. Jugendkraft Heil!

:: **Turnverein Phönix.** Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, findet am morgigen Donnerstag abend die Monatsversammlung statt. In dieser Versammlung werden besonders wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen. Erstmal handelt es sich um eine Festlegung des Turn- und Spielbetriebes in diesem Jahre. Ferner sind noch besondere Vorbereitungen für das anfangs Februar stattfindende Winterfest zu treffen. Der 2. Vorsitzende wird über die letzte Bezirksversammlung in Wesel berichten, die sich mit dem Gedanken einer Lostrennung vom Ruhrgau und Gründung eines eigenen Gaues befaßt und bereits dementsprechende Schritte eingeleitet hat. Alles dieses bedarf einer gründlichen Besprechung, was einen jeden von uns anhalten muß, am Donnerstag abend an der Versammlung teilzunehmen.

Handel und Verkehr.

Devisen.

	16. Jan.		17. Jan.	
Holland	6763,20	7881,80	6843,15	6856,85
Belgien	1448,55	1451,45	1453,50	1461,50
Dänemark	3571,80	3678,70	3716,25	3723,75
England	778,20	789,80	787,70	789,30
Amerika	184,06	184,48	186,06	186,44
Frankreich	1510,95	1914,05	1525,95	1529,05
Schweiz	3566,40	3573,70	3621,35	3628,65

Offizielle Notierung der Bremer Baumwoll-Börse.

Bremen, 17. Januar, 1 Uhr mittags.

American fully middling good colour and staple. loco 79,90 (79,70) per Allo.

Kurze Nachrichten.

— **Konstantinopel**, 17. Jan. Aus Angora wird gemeldet, daß die Kommissare für nationale Verteidigung und der öffentlichen Arbeiten Rafet Pascha und Reuf Bey zurückgetreten sind.

— **London**, 17. Jan. Nach einer Washingtoner Meldung wurde bei den chinesisch-japanischen Verhandlungen über die Uebergabe der Verwaltung Kiautschous an China eine Einigung erzielt.

— **London**, 17. Jan. Das nationalistische Kongreßkomitee von Nord-Calcutta versuchte, entgegen dem Verbot der Regierung, eine Sitzung abzuhalten. Die Polizei verhaftete den Vorsitzenden und 19 weitere Personen. Ein neuer Versuch führte zur Verhaftung von 114 Personen.

— **London**, 17. Jan. Der griechische Ministerpräsident Gunaris ist gestern hier eingetroffen; er gedenkt etwa zehn Tage hier zu bleiben.

— **London**, 17. Jan. Nach einer Meldung aus Lowestoft geriet der deutsche Dampfer Vesta — von Hamburg nach Lissabon unterwegs — in der Nordsee infolge einer Explosion in Brand. Zwölf Personen und die Frau des Kapitäns sind umgekommen.

— **Stockholm**, 17. Jan. Aus Kaubtau wird gemeldet, daß die Russen jetzt von Porajacroi aus einen neuen Vorstoß gegen Repola gemacht haben. Sie stehen 15 Kilometer von Porajaervi.

Neueste Nachrichten.

Amerika will das Geld zurück.

TU. **Washington**, 17. Jan. (Drhtb.) L.-A. Der amerikanische Senat hat gestern die heute früh gemeldete Resolution des Senators McCormick angenommen, in der das Staatsdepartement aufgefordert wird, dem Kongreß bald Einzelheiten bezüglich der Finanzen der europäischen Staaten vorzulegen, ferner Mitteilung darüber zu machen, welche Summen die europäischen Staaten für ihre Rüstungen verwenden, damit entschieden werde, falls diese Ausgabe allzu groß sei, ob sie nicht besser zur Rückzahlung der Schulden an Amerika verwendet würden.

Die Opposition gegen das Viermächteabkommen.

TU. **Washington**, 17. Jan. (Drhtb.) Voss. Zeitung. Wie in den Kreisen der demokratischen Senatoren verlautet, will Wilson die Führung gegen das Viermächteabkommen übernehmen. Wilson sei für Aufrechterhaltung des Gleichgewichts. Unterstützt einen Präsidenten, die Oel in das Feuer der Gegner des Abkommens gießen würde. Die Gegner des Abkommens glauben, daß ihnen nur 6 Stimmen fehlen, um die Ratifizierung zu verhindern. Diese 6 Stimmen hoffen sie durch die Tätigkeit Wilsons zu erlangen. Von den republikanischen Senatoren trat Frank gegen den Vertrag auf.

Der französische Ministerrat.

TU. **Paris**, 17. Jan. (Drhtb.) Die erste Angelegenheit, welche das Kabinett Poincare beschäftigen wird, dürfte die Regelung der Chinabankaffäre sein. — Poincare will für den Oberstkommandierenden General Petain einen besonderen Posten schaffen, damit der General in ständiger Fühlung mit dem Kriegsministerium bleibt. Petain hat sich noch nicht entschieden. Auch in seiner neuen Stellung soll der General Oberstkommandierender bleiben. — Auch andere organisatorische Maßnahmen sind vom Kabinett beschlossen worden.

Volkshochschule.

Der Vortrag des Studienrat Dr. Koester fällt am Mittwoch, den 18. d. Mts., aus. Der nächste Vortrag findet statt am Mittwoch, den 1. Februar. 525

Bocholt, den 17. Januar 1922.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Beschlusses des Kreistages vom 18. Juni 1921 erhebt der Kreis neben der Gemeindehundesteuer eine Kreishundesteuer, welche sämtliche in der Gemeinde Anholt gehaltenen Hunde mit Ausnahme der Polizeihunde und Führerhunde für Blinde als steuerpflichtig erfaßt.

Die Kreishundesteuerliste für die Gemeinde Anholt liegt gemäß § 7 der Kreishundesteuerordnung vom 18. Juni 1921 in der Zeit vom 15. Januar bis einschließlich 28. Januar 1922 zur Einsicht auf dem Bürgermeisteramt Anholt offen.

Etwaige Einsprüche gegen diese Liste sind innerhalb 4 Wochen von der Beendigung der Auslegung an bei dem Kreisausschuß in Borken einzulegen.

Anholt, den 12. Januar 1922.

495m) Der Bürgermeister. Schulte.

Zuverlässiger

Zeitungsbote (in)

sofort gesucht.

Bocholter Volksblatt.

Wir suchen für den provisionsweisen Ankauf gebrauchter Wein- und Sekt-

Flaschen

einen tatkräftigen Vertreter, der über ausreichende Lagerräume für das Einsammeln verfügt.

John Schütt & Co., m. b. H., **Hamburg**, Jungfernstieg 30, Hamburger Hof.

Wohnungstausch.

Schöne 4-Zimmerwohnung in Borken mit gleichgroßer (evtl. auch 3 große Zimmern) in Rhede oder Bocholt zu tauschen gesucht. (487m

Näheres Geschäftsstelle und Jos. Heinrichs, Rhede.

Wegen Krankheit des jetzigen Mädchens möglichst bald eine

Aushilfe

für Küche und Hausarbeit gesucht fc484

Frau H. Boxtink, Schwanenmühle.

In einem kl. Haushalt (2 Pers.) wird zu Ostern ein

Halbtags-Mädchen

gesucht. 15274

Näh. **Nordstraße 18.**

Für sofort

junger Bäcker-Geselle

und zu Ostern

Sohn ordentl. Eltern

in die Lehre gesucht.

Franz

Bäckermeister, Mühlenstr.

Gesucht für sofort ein

Junge

von 14—16 Jahren für Landarbeit, der auch mit einem Pferd umgehen kann. fc504

Näheres Geschäftsstelle.

Zu Ostern ein anständiger

Junge

als Milchreisender gesucht. 269

Näheres Geschäftsstelle

Jg. Mann, Handwerker, 21 Jahre, mit guter Handschrift, sucht 272

Vertrauensposten

auf Lager oder dergl.

Näheres Geschäftsstelle.

Wieder vorrätig:

Kieler Sprotten, Sprotbücklinge, ganzer Käschen, Apfelsinen, Zitronen, Feigen, Rollmops mit Gurkeneinlage Stck. 1,50.

Johann Göddes, 516 Karolingerstraße.

50 Zentner Anthrazitkohlen

zu verkaufen.

Hans Amshorst & Comp., Bocholt. fc513

Ein Mädchen

von 14—17 Jahren, welches melken kann, und ein schulentlassenes

Mädchen

für sofort gesucht. fc526

Näheres Geschäftsstelle

Ein Waisenkind

von 14—14 Jahren in kl. wirtschaftlichem Haushalt zu Kindern nach Holland gesucht. Näheres 15275

Mastenstraße 38.

Für mehrere ordentliche junge Mädchen, die nach der Arbeitszeit auch gern im Haushalte mithelfen wollen, sucht für sofort

Kost u. Logis

Städt. Arbeitsamt Bocholt.

Gasthausplatz, Fernruf 24.

r527

Warenhaus Weyl's

beginnt **Mittwoch,**

Inventur-Ausverkauf

18. Januar 1922.

Rohnessel
gute Qualität
ca. 80 cm breit . . **19⁷⁵**

Rohnessel
prima Qualität
ca. 160 cm breit . . **42⁰⁰**

Hemdentuch
gute Qualität
ca. 80 cm breit . . . **19⁷⁵**

Hemdentuch
extra schwer
ca. 80 cm breit . . **23⁵⁰**

Köper
ungebleicht, gute Qual.
ca. 75 cm breit . . **19⁷⁵**

Siamosen
gute Qual., in vielen Mustern, ca. 120 cm br. **29⁷⁵**

Rockstreifen
ca. 90 cm breit
gute Qualität . . . **23⁵⁰**

Rockcalmuc
gute Qualität
in schönen Mustern **25⁵⁰**

Biber
farbig, gute Qualität,
ca. 80 cm breit . . **19⁷⁵**

Handtuch Gebild
blaukariert,
ca. 60 cm breit . . . **19⁷⁵**

Cheviot
blau, gute woll. Ware
ca. 80 cm breit. . . **35⁰⁰**

Cheviot
reine Wolle ca. 80 cm br.
blau und schwarz . . **48⁰⁰**

Cheviot
reine Wolle, ca. 95/100 cm breit, gute Qualit. in vielen Farben . . **59⁰⁰**

Blusenstreifen
gute Qualitäten
ca. 80 cm breit. . . **19⁷⁵**

Schotten
gute Qualität
in schönen Mustern . **26⁵⁰**

Kleiderstoff
gute wollene Qualität, ca. 130 cm breit, schwarz, weiß, karriert **85⁰⁰**

Ein Posten Damenhemden
aus gutem Hemdentuch **24⁷⁵**

Ein Posten Herren-Normalhemden
gute Qualität, Stück. . **39⁷⁵**

Ein Posten Strickgarn
reine Wolle, 10 Lot. . **14⁹⁰**

Ein Posten Herren- u. Burschenhosen
in großer Auswahl . . **59⁰⁰**

Herren- und Damen-Mäntel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.